

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 24,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postumschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 25,- M. Redaktionen, Expedition und Verlag: Veritas & Co., Breite Straße 3-5.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober dem Raum kostet 1,- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das erste Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Monats-Anzeigen: das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2838, 2845, 4516 4603, 4625, 4642, 4922.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Heraus mit der Amnestie!

Eine zwingende Notwendigkeit

Eine der ersten Handlungen der Unabhängigen Reichstagsfraktion war die Einbringung eines Antrages auf politische Amnestie. In der kurzen Anfangstagung des Reichstags war seine Beratung nicht mehr zu erzwingen. Sofort nach Wiederbeginn des Reichstags hat deshalb die Fraktion mit aller Kraft für seine baldigste Verabschiedung gewirkt. In eingehenden langwierigen Verhandlungen mit den übrigen Parteien über die Art und die Form der Erledigung dieses Antrages hat die Unabhängige Fraktion vor allen Dingen den zähen Widerstand der bürgerlichen Parteien bekämpfen müssen, die zunächst gegen jede Amnestie waren, vor allen Dingen den Widerstand der Demokraten, nach deren Anschauung eine Amnestie im Widerspruch mit der Staatsautorität stehe. Je weiter die Parteien nach rechts orientiert sind, je größer war ihre Geneigtheit zur Gewährung einer allgemeinen Amnestie. Von großer Wichtigkeit war die Tatsache, die im Ausschuss festgestellt wurde, daß bisher auch nicht ein einziger Prozeß gegen Kappisten auch nur bis zur mündlichen Verhandlung gelangt ist, daß es eine Bestimmung, die die Kappisten nicht in die Amnestie einbegreift, ohne Bedeutung sei. Die Entscheidung spricht sich also mehr und mehr auf die Frage zu, ob eine allgemeine Amnestie zustande kommen würde, die die politischen Vergehen aller Richtungen umfassen würde, aber gar keine. Dabei mußte natürlich die erwähnte Tatsache von großer Bedeutung sein, daß von einem Verfahren gegen die Kappisten so wenig wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft die Rede sein würde.

Auf der Grundlage der Gewährung einer allgemeinen Amnestie kam es deshalb auch bereits vor einigen Tagen zu

einer Verständigung unter den Parteien. Danach sollten alle seit November 1918 begangenen, mit inneren Unruhen in Zusammenhang stehenden Handlungen amnestiert werden. In diesen Stand der Verhandlungen pflichtete die von der Bayerischen Volkspartei vertretene und aller Wahrscheinlichkeit nach von der bayerischen Regierung bestimmte Forderung auf, daß eine Amnestie in diesem Umfange, da sie in die bayerischen Hoheitsrechte eingreife, ihren heftigen Widerspruch hervorrufen würde. Nun vollzog die Reichsregierung einen vollständigen Umschwung. Sie machte sich diese Forderung zu eigen und erklärte, keiner Amnestie zustimmen zu können, die nicht die in Bayern begangenen Vergehen ausnehme. Auch die bürgerlichen Parteien ließen die bereits getroffenen Grundlagen im Stich, besonders die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten. Die Deutschnationalen dagegen, denen an der Amnestie für ihre Kappisten gelegen war, traten mit den Rechtssozialisten und den Unabhängigen für allgemeine Amnestie ein.

Die tagelangen Verhandlungen aber sind jetzt endgültig gescheitert, so daß die Frage, ob und wie eine Amnestie zustande kommen wird, von den Verhandlungen des Reichstags am Montag abhängen wird. Sowohl die Unabhängigen als auch die Rechtssozialisten verziehen die Anschauung, daß der Reichstag unter keinen Umständen auseinandergehen darf, ohne daß die Amnestie bewilligt ist. Sie haben deshalb erklärt, daß sie die Verabschiedung des Nototats so lange hindern werden, bis das Amnestiegesetz beschlossen ist. Und sie werden diese Erklärung wahr machen, unter Umständen unter Anwendung aller derjenigen geschäftsordnungsmäßigen Mittel, die zwei Fraktionen in einer Stärke von fast 200 Mann zur Verfügung stehen.

Die große Zeit

Im Kreislauf des Jahres sind wir wieder zum 1. August zurückgekehrt, dem unseligen Tage, an dem 1914 durch die deutsche Kriegserklärung an Rußland der Weltkrieg eingeleitet wurde. Wir stehen den Dingen noch zu nahe und wir leiden noch zu unmittelbar unter den fürchterlichsten Folgen des Verbrechens, als daß wir uns darauf beschränken könnten, diesen Tag als ein geschichtliches Datum zu registrieren. Volker Grimm und Erbitterung denken wir an jene Zeit, die unsere Patrioten eine große nannten und auch heute noch nennen, an jenes Erwachen der Unmenschlichkeit, an den Triumph des imperialistischen Wahnwahns, an die nichtswürdige Leichtfertigkeit, mit der das Glück von Millionen Menschen und die Wohlfahrt der Nationen aufs Spiel gesetzt wurde. Wir denken an die entsetzlichen Opfer, die gebracht wurden, an die, die auf dem sogenannten Felde der Ehre ihr Leben für kapitalistische Interessen gelassen haben und an die zahllosen anderen, die verkrüppelt und verstümmelt in die Heimat zurückgekehrt sind.

Und nicht nur das Gefühl des Jornes ist es, das uns besetzt, sondern auch die Scham steigt in uns auf, wenn wir uns daran erinnern, wie groß auch unter den Proletariern die Masse derer war, die sich von dem Taumel der Begeisterung mitreißen ließ und verbrannte, was sie zur Zeit des Friedens angebetet hatte. Die Befinnung ist ja langsam zurückgekehrt, aber das ist nur ein schmaler Trost angesichts der fürchterlichen Verwirrung der Gemüter, die damals in die Erscheinung trat. Mit doppelter Eindringlichkeit sollen wir es uns heute sagen, daß wir den Tatsachen nicht gerecht werden, wenn wir nur dem Militarismus und dem nationalistisch geknüpften Bürgertum die Verantwortung zuschieben. Nein, die Arbeiterschaft ist mitschuldig. Sie war sich ihrer Pflichten nicht bewußt und hat der herrschenden Klasse ihr Spiel gar zu sehr erleichtert. Führer und Berufte sind in der gleichen Verdamnis. Sie haben weder das Notwendige getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern, noch haben sie ihre Macht gebraucht, um dem Unheil ein früheres Ende zu bereiten. Die Toten, die im Osten und Westen verscharrt sind, fordern von uns Rechenschaft.

Am heutigen Sonntag werden Kriegsteilnehmer, Kriegsverletzte und Hinterbliebene zusammen mit einigen pazifistischen Vereinen hier in Berlin eine Demonstration veranstalten und den einmütigen Schrei ausstoßen, daß nie wieder Krieg sein dürfe. Diese grundsätzliche Ablehnung des Krieges ist gut und erstreblich, und das Bekenntnis zu ihm ist notwendig genug, da es immer noch zahllose Menschen in Deutschland gibt, auf die das Erleben der Jahre 1914 bis 1918 ohne Eindruck geblieben ist, die von Revanche träumen und den Tag herbeisehnen, an dem sie die Waffen, die uns unsere Gegner aus der Hand geschlagen haben, wieder ergreifen können. Wir haben erst bei der Erledigung des in uns in Spaa ausgezwungenen Gesetzes über die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht im Reichstag die Klagen vernommen, die die bürgerlichen Parteien über die entschuldene Herrlichkeit anstimmten und wir konnten aus ihren Worten die Überzeugung schöpfen, daß sie nichts unversucht lassen werden, die Vergangenheit wieder ins Leben zurückzurufen. Solche Bestrebungen zu vereiteln, ist die wichtigste Aufgabe aller derer, die den Krieg hassen gelernt haben. Aber dieses Ziel wird nicht erreicht mit Kundgebungen und Resolutionen, und die sittlichen Erwägungen des Pazifismus, so ehrenwert sie an sich sein mögen, können uns ihm auch nicht wesentlich näher bringen. Wir müssen die Wurzel des Übels erkennen und sie abgraben.

Deshalb erörtern wir immer wieder die Schuldfrage und lassen uns dabei nicht von denen beirren, die, weil sie das Urteil der Geschichte zu fürchten haben, am liebsten die Schleier des Vergessens über die Geschehnisse breiten möchten. Das Jahr, das hinter uns liegt, hat viel zur Aufklärung beigetragen. Die Veröffentlichung der diplomatischen Akten aus Berliner und Wiener Archiven und auch die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses haben bestätigt, was wir unklar ahnten und aus der Kenntnis verstreuter Daten vermuten konnten: daß die deutschen Machthaber die Anstifter des Weltkrieges waren und daß sie in ihrem Sehnen nach der Weltbeherrschung die Gelegenheiten zu einer früheren Beendigung des Krieges frivol verletzten.

Gerade das, was sich am 1. August 1914 ereignete, liefert die stärksten Beweise: die Kriegserklärung an Rußland, die nach der deutschen Generalstab erzwungen wurde, der Versuch, nach der Kriegserklärung den Jaren zu veranlassen, seine Truppen die Grenzüberschreitung zu unterlassen, der die bis an den Wahnhymn grenzende Kopfstärke und der gewissenlosen Leitung der deutschen Geschäfte illustrierte.

Wir werden unser Möglichstes tun, daß die Untersuchung der Schuld bis zur völligen Entlarbung der Verbrecher fortgesetzt wird, aber wir werden dabei niemals vergessen, daß diejenigen, die damals gehandelt haben, nur Diener des Kapitalismus waren, der in allen in Frage kommenden Ländern den Jüdnstoff zusammengetragen hat, dessen Explosion eine Welt vernichten mußte. Die Franzosen, die Engländer, die Italiener und alle die anderen, die uns gegenüberstanden, haben kein Recht, sich in die Brust zu werfen.

Die Saboteure des Friedens

DL London, 31. Juli.

Laut „Daily Chronicle“ hat Lloyd George nach seiner Rückkehr aus Boulogne hinsichtlich der Zustimmung Frankreichs zur Londoner Konferenz noch erklärt, Frankreich habe in eine Konferenz in London nur eingewilligt unter der Bedingung, daß zuvor der Friede mit Polen in einer befriedigenden Weise geschlossen worden sei. Der Wunsch der französischen Regierung gehe dahin, daß dieser Friede gleichfalls in London geschlossen werde. Die nachher folgende große Friedenskonferenz in London (General Peace Conference) würde nicht nur Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens, sondern auch Letlands, Estlands, Litauens und Rumaniens umfassen. Die am 3. August in Riga stattfindende Konferenz der Randstaaten trifft nach in London vorliegenden Nachrichten bereits die Vorbereitungen für diese Konferenz der Oststaaten in London.

HA London, 31. Juli.

Ein Telegramm aus Warschau meldet, wenn die Forderungen der Bolschewiki teilweise darin bestehen sollten, daß in Polen ein Sowjetregime eingeführt oder eine Einrichtigung getroffen würde, durch die die Bolschewiki einen freien Zugang nach Deutschland bekämen, wenn sie ferner verlangen wollten, daß Polen teilweise entwaffnet werden oder daß die Grenzen so verändert werden sollten, daß die Lage noch ungünstiger würde als nach den Vorschlägen Lloyd Georges, so müßte Polen die Bedingungen ablehnen.

Der Inhalt des Warschauer Telegramms zeigt eine erstaunliche Ähnlichkeit mit der Schwindelmeditation des Kiewer „Kommunist“, die bereits von Litwinow dementiert worden ist. Der Zweck dieser Meditation ist vollkommen durchsichtig. Es soll durch Verbreitung derartiger Nachrichten Wahrheit und gegen die Friedensbereitschaft Sowjetrußlands gesetzt und Stimmung für die Einleitung einer großen militärischen Hilfsaktion für Polen gemacht werden. Die treibende Kraft bei diesen Machenschaften ist augenblicklich die französische Regierung, vor der Lloyd George in Boulogne von seinem ursprünglichen Standpunkt stark zurückgewichen ist.

Die „deutsche Barriere“

Heftige Kritik der englischen Presse

Haag, 31. Juli.

Der Artikel Churchills in der „Evening News“, der sich mit der Errichtung einer „deutschen Barriere“ gegen Sowjetrußland befaßt, hat in der englischen Presse großes Aufsehen erregt. Es wird hervorgehoben, daß Churchill im vorliegenden Falle lediglich seine eigene Meinung geäußert habe und daß diese Meinung der von Lloyd George zwar nicht direkt entgegengesetzt ist, aber auch nicht mit dessen Ansichten übereinstimmt.

Die „Times“, die der Ansicht ist, daß Churchill Recht hat, wenn er die Notwendigkeit der Verteidigung Polens hervorhebt, kritisiert doch den Minister, der aufs geratewohl Artikel an die Presse sende, ohne sich vorher die Freiheit des Handelns durch ein

Abstimmungsbescheid zu haben. — Westminster Gazette schreibt: Churchills Sprache ist unerhört. Das Wichtigste in seiner Erklärung ist, daß sie von einem Mitglied eines Kabinetts stammt, dessen Premierminister sich nach Kräften bemüht, den Frieden mit Rußland zustandezubringen.

Die Lage im Osten

Eine neue Front in der Karawolinie

DL, 29. 31. Juli.

Die vierte russische Armee hat in der Nacht vom 29. zum 30. Juli Bialystok besetzt. Die zerstreuten Reste der polnischen Nordarmee gehen panikartig zurück, werden aber an der Karawolinie aufgehalten, wo polnische Reservisten zwischen Lomza und Ugwol (?) in aller Eile starke Stellungen auszubauen versuchen. Die Polen haben alle nur verwendungsmöglichen Formationen an die Front geworfen. Auch Teile der polnischen Freiwilligenarmee sind bereits eingetroffen.

In Warschau sucht man inzwischen die Stimmung der Bevölkerung durch Trostmeldungen von der Entente zu heben. So wird verbreitet, daß sich einige hundert französische Offiziere über Basel nach Polen begeben hätten. Den Oberbefehl über die Koalitionsarmee in Polen soll Marshall Foch innehaben. Außer Frankreich mobilisiert auch England die erste und zweite Territorialarmee.

Rußland achtet die Souveränität Litauens

Kowno, 31. Juli.

Die russische Regierung hat dem litauischen Vertreter in Riga mitgeteilt, daß sie ihrer Heeresleitung in Wilna unterzagt habe, sich in innere Verwaltungsfragen Litauens und der anderen besetzten litauischen Gebiete einzumischen. Heute haben litauische Truppen Suwalki besetzt.

Vernichtung der tschechischen Waffen

HL, Hamburg, 31. Juli.

Eine mehrere hundert Personen starke Menschenmenge zog in der letzten Nacht nach Beendigung einer kommunistischen Versammlung in Harburg nach dem Annerlede-Bahnhof und drang mit Gewalt in die Wagenschuppen ein, wo die abgenommenen Waffen und die Munition der in Harburg durchgetommenen tschechoslowakischen Kriegsgefangenen untergebracht sind. Nach Ueberwältigung der Wache wurden die Wagen erbrochen und ein Teil der Gewehre zerteilert, ein großer Teil gestohlen. Eine Abteilung der Hamburger Sicherheitswehr ist heute in Harburg eingetroffen, um die Waffen abzuholen. Es wurde eine Vereinbarung mit den Arbeitern getroffen, daß die Schloßer der Gewehre in Harburg bleiben und die Gewehre selbst nach Hamburg transportiert werden sollen.

Sie waren ebenso Sklaven des Kapitalismus wie die deutsche und die österreichische Regierung, und wenn ihre unmittelbare Schuld am Ausbruch des Krieges geringer sein mag, als die deutsche, so verkörperten sie doch alle ohne Unterschied dasselbe System.

Und dieses System und diese Wirtschafts- und Staatsordnung gilt es zu vernichten, wenn die Beteuerungen, es dürfe nie wieder zu einem Kriege kommen, nicht eine leere Deklamation bleiben sollen. Noch stehen Kapitalismus und Militarismus aufrecht, noch toben Kriege, die sie entsetzt haben, und die Saat neuer blutiger Konflikte ist allenthalben ausgestreut. Gegen die russische sozialistische Republik hat der Ententeimperialismus seine Waffen geführt. In Asien beschwört die Herrsch- und Beutegier Englands und Frankreichs neue Gefahren herauf. Amerika und Japan stehen einander bis an die Zähne gerüstet gegenüber und in Deutschland harret man der Zukunft, in der sich die Möglichkeit bietet, die erlittene Scharte auszuweihen und sucht den alten Geist einstweilen durch den Kampf wider den „inneren Feind“, das vorwärtsdrängende Proletariat wach zu halten.

Der Weltkrieg, der am 1. August 1914 begann, ist beendet, aber die Idee des Weltkrieges lebt. Sie kann nur vernichtet werden durch die Weltrevolution. Auf die große Zeit der Bourgeoisie muß die große Zeit der Arbeiterschaft folgen. Erst ihr Sieg wird die Freiheit zu auch den Frieden der Völker verbürgen.

Truppentransporte

Herr Gröner macht Ausflüchte

Uns wird geschrieben: Von den Eisenbahnern ist zur Behinderung der Truppentransporte nach Polen eine Kommission von 4 Mann eingesetzt worden. Die Notwendigkeit dazu ergab sich, weil der am 6. Juli gewählte Hauptbetriebsrat für das gesamte Eisenbahnwesen immer noch nicht in Funktion getreten ist, was zum großen Teil durch den Hauptvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes verhindert worden ist.

Am 20. Juli hat die gewählte Kommission im Reichstag mit den dem Reichstag angehörenden Mitgliedern des Hauptvorstandes der Eisenbahner Brunner (S. P. D.), Kohler (S. P. D.) und Breunig (U. S. P.) verhandelt. Der Kommission kam es darauf an, einen Weg zu finden, um eine genaue Kontrolle der Transporte herbeizuführen ohne durch planloses Anhalten der Eisenbahnzüge den Transport von Lebensmitteln und Gütern unendlich zu erschweren. Die Vertreter des Hauptvorstandes konnten aber der Kommission keine Vorschläge machen und schickten sie zum Hauptbureau des Eisenbahnerverbandes.

Die Kommission hat dann am 30. Juli in Gemeinschaft mit einem Sekretär des Eisenbahnerverbandes mit dem Reichsverkehrsminister Gröner verhandelt. Dieser berief sich darauf, daß das Verkehrsministerium keine Verantwortung für die Truppentransporte übernehmen könne, weil dafür das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium zuständig sei.

Gleichzeitig teilte er aber mit, daß das Auswärtige Amt ebenfalls nicht in der Lage sei, die Truppentransporte zu hindern, weil diese Transporte auf Verpflichtungen beruhen, die auf Grund des Versailles-Friedens-Vertrages dem Reich auferlegt worden sind. So seien vereinbart worden Transportzüge für die tschechisch-slowakischen Truppen, die in Sibirien unter der Führung von Nihilisten gegen Sowjetrußland gekämpft haben, und die über Amerika nach Cuxhaven und von hier durch Deutschland nach der Tschecho-Slowakei transportiert werden sollten.

Die zweite Art der vertraglich verpflichteten Transportzüge seien die sogenannten Ententezüge, die zur Ablösung der Besatzungstruppen in dem besetzten Gebiet dienen und mit denen auch Munition und Heeresgeräte transportiert werden müssen. Die dritte Art sind die sogenannten Poloniazüge, von denen auf Betreiben von Amerika und England 155 Züge von Koblenz nach Polen zum Transport von Lebensmitteln dienen. Von diesen seien bereits die Hälfte der Züge gefahren worden. Gröner gab selbst zu, daß in geschlossenen Wagen dieser Lebensmittelzüge Munition geladen worden sei, so auch in dem in Marburg angehaltenen Transportzuge, der dann nach Koblenz zurückbeordert worden sei.

Auf Grund dieser vertraglich verpflichteten Züge glaubt Herr Gröner nicht berechtigt zu sein, irgendwelche Truppen- und Munitionstransporte hindern zu können. Er hält auch das Eisenbahnpersonal nicht für geeignet, eine Kontrolle darüber ausüben zu können. Ebenso wenig will er der Kommission irgendwelche Vollmachten zur Kontrolle und zum Eingreifen einräumen, abgesehen es gerade dieser Kommission darauf ankomme, zu verhindern, daß der ganze Verkehr gelähmt wird. Infolge der Truppen- und Munitionstransporte macht sich eine steigende Beanspruchung unter den Eisenbahner bemerkbar, die sich letzten Endes in einen allgemeinen Streik der Eisenbahner entladen wird. Den einzigen Ausweg, den Herr Gröner der Kommission mit auf den Weg gab, war der, daß die Kommission zur Behinderung der Eisenbahner beitragen, im übrigen aber nur den Herrn Reichsverkehrsminister walten lassen solle.

Die deutschen Eisenbahner werden die Verhöhnung spüren, die in diesen Worten des Reichsverkehrsministers liegt und sie werden, im Bewußtsein ihrer Pflicht sofort die geeigneten Maßnahmen treffen und unbeachtet aller Vereinbarungen der gegen Sowjetrußland verschworenen Imperialisten es nicht zulassen, daß Truppen, Munition und Heeresgeräte denen zugesandt werden, die durch ihre konterrevolutionären Angriffe Sowjetrußland hindern, sich ganz der aufbauenden Arbeit zuzuwenden. Wüßte der deutsche Arbeiter ist es, auf der Hut zu sein, daß sie nicht als Werkzeug in diesem Kampf gegen Sowjetrußland benutzt werden, sondern daß sie im Gegenteil alle Kräfte daran setzen, die Pläne zu zunichte zu machen, die auch in Deutschland zur Vernichtung Sowjetrußland gesponnen werden. Es gilt nicht mehr zu handeln, sondern zu handeln.

Ausfuhrverbot für Heeresgerät

Die Regierung hat zur Wahrung der Neutralität eine Verordnung erlassen, die die Ausfuhr von Waffen, Munition und Heeresgerät nach Polen oder Sowjetrußland verbietet. Das Verbot bezieht sich auf Waffen, Flugzeuge, Kraftwagen, Betriebsstoffe, Munition und Munitionsteile, Pulver und Sprengstoffe, feine Gewehre, Panzerzüge, Nachrichtenapparate, Funkstationen, Bomben, Scheinwerfer, Stacheldraht, Uniformen und Bekleidungsstücke, Ausrüstungsgegenstände wie Koppel, Tornister, Patronentaschen, Schusswaffen, Gaschutzgeräte, Ferngläser und Entfernungsmesser; auch die Ausfuhr von Reservoirs, Feldküchen, fahrbaren Mörsern, Artilleriegeschützen, sowie Pferde- und Pferdeausrüstungen wird verboten. Nach Artikel 170 Absatz 2 des Friedensvertrages darf der deutschen Regierung die Ausfuhr von Waffen, Munition und Heeresgerät nach fremden Ländern schon verboten. Die Regierung hat im Hinblick auf den Krieg zwischen Sowjetrußland und Polen das Verbot noch erweitert, wobei sie sich auf das Haag-Neutralitätsabkommen stützt.

Lebensmitteldemonstrationen in Aachen. Tausende von Arbeitern versammelten vor dem Rathaus in Aachen eine Demonstration gegen den Kartoffelmangel. Der Lebensmittelmeister forderte sofortige Zuteilung von Weizenmehl an die Bevölkerung zu.

Abenteurerpolitik in Ostpreußen

Die deutsche Regierung hatte vor einigen Tagen an die Alliierten eine Note gerichtet, in der sie den Wunsch ausdrückte, zur angeblichen Wahrung der Neutralität an der Ostgrenze die Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder militärisch zu besetzen. Auf diese Note ist bisher noch keine Antwort eingegangen; die deutsche Regierung ist daher in Paris erneut vorkleingeworden und hat darum gebeten, die Antwort zu beschleunigen. Dieser Stellungnahme gegenüber betonen wir noch einmal, daß in Ostpreußen absolut keine Gefahr vorliegt, selbst die monarchistische Presse, die es an Volkshemmnisse doch gewiß nicht fehlen läßt, muß anerkennen, daß die Neutralität von den roten Truppen absolut respektiert wird. Ausdrücklich wird von dieser Seite hervorgehoben, daß eine Schwadron bolschewistischer Reiter bei Preßden sofort lehrte machte, als sie die deutsche Grenze gewahrt wurde.

Wenn also in Ostpreußen bisher zu Befürchtungen absolut kein Anlaß vorliegt, so kann der Gefahrzustand aber tatsächlich erreicht werden durch die Ansammlungen einer größeren deutschen Truppenmacht. Die Besetzung der Reichswehr ist ja hinreichend bekannt. Dadurch, daß bereits der Belagerungszustand verhängt und der kaiserliche General von Dassel oberster Befehlshaber geworden ist, kann mit Todesangst damit gerechnet werden, daß sich in Ostpreußen eine große weiße Reservearmee bildet, die unter dem Vorwand, die Grenze zu schützen, ihre Kräfte konzentriert, die konterrevolutionären Formationen, die sich der Auflösung entziehen wollen, um sich versammelt und dann mit allen Nachmitteln angefaßt eine Abenteurerpolitik auf eigene Faust betreibt. Ostpreußen ist bereits demart mit Truppen überhäufert, daß ein neuer Zug absolut unerforderlich ist. Alle anderen Maßnahmen dienen also lediglich den Wünschen der konterrevolutionären Generalität.

Keine Grenzverletzung durch Sowjettruppen

Allenstein, 31. Juli.

Von unbekannter Seite wird mitgeteilt: Eine Schwadron bolschewistischer Kavallerie ist jenseits der Grenze bei Preußisch Eylau eingetroffen. Auch an verschiedenen anderen Stellen der Grenze haben sich bolschewistische Patrouillen gezeigt, so gegenüber Gorkommen und Dlugosin im Kreis Lud. Sie haben der Grenzbevölkerung erklärt, daß sie die Grenze nicht überschreiten würden. Die polnischen Posten an der Grenze sind bis in die Höhe von Friedeburg im Kreis Orlau zurückgezogen worden.

Wie die „Egder Zeitung“ mitteilt, haben die italienischen Besatzungstruppen am Freitag morgen Lud mit einem Sonderzug über Arn-Sensburg verlassen, bis auf ein geringes Kommando, das wahrscheinlich noch bis zur Uebergabe der Kasernen hier bleibt. Die Truppen werden zunächst nach Bienenheim gebracht. Der Kontrolloffizier Oberleutnant Pio bleibt einseitig noch in Lud. Die „Egder Zeitung“ fügt hinzu, daß von einer Erregung in Lud nichts zu spüren sei, die Stadt sei völlig ruhig.

Kritische Lage in Danzig

Danzig, 31. Juli.

Im Danziger Hafen sind wieder Ententeschiffe mit Kriegsmaterial für Polen eingelaufen. Da die Danziger Arbeiter noch immer die Ausladung verweigern, sind jetzt polnische Arbeiter im Hafen tätig, um die Ausladung der Munition vorzunehmen.

Weil die Danziger Hafenarbeiter sich geweigert haben, polnische Munition in Danzig auszuladen, haben die polnischen Eisenbahnarbeiter die gesamte Güterzufuhr aus Polen nach Danzig gesperrt. Die Lebensmittelversorgung Danzigs ist gefährdet. Die polnischen Behörden sind machtlos.

Generalstreik in Zittau

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Zittau, 31. Juli.

Bei dem bewaffneten Vorgehen der Sicherheitswehr in Zittau wurde ein Mann durch einen Genickschuß und ein junges Mädchen durch einen Augenschuß schwer verletzt. Die Arbeiterschaft von Zittau und Umgegend verließ am Sonnabend Vormittag die Betriebe. In zwei großen Versammlungen, an denen insgesamt 6000-7000 Personen teilnahmen, wurde der Generalstreik beschlossen, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Sicherheitswehr zu entfernen unter Zurücklassung der Waffen, die unter Kontrolle der Arbeiterschaft zu nehmen sind. Das staatliche Elektrizitätswerk in Hirschfeld liegt still, nur die Notarbeiten werden ausgeführt. Das staatliche Braunkohlenwerk in Hirschfeld sowie Braunkohlenwerke in Olberndorf und Hartau bei Zittau liegen ebenfalls still. Auch dort werden die Notarbeiten weiter ausgeführt. Sämtliche Geschäfte in Zittau wurden geschlossen. Polizei und Sicherheitswehr hält sich von der Straße zurück, die Ruhe und Ordnung wird durch Ordnung aufrechterhalten, die von der Arbeiterschaft eingehalten sind. Von Dresden ist ein Regierungskommissar nach Zittau gekommen, der am Sonnabend Nachmittag mit der Streikleitung verhandelte.

Aus der bayerischen Vendee

Die Reichsregierung hat, dem kategorischen Befehle der Entente gehorchend, die Auflösung der Einwohner-Wehren decretiert. Bayern weist auf diese reichsgerichtliche Maßnahme und duldet weiterhin die Sammlung und Bewaffnung des konterrevolutionären Bürgerturns in seinem Staatsgebiet. Aber mehr noch: Bayern finanziert auch noch diese ungeheuerlichen Einrichtungen zur Niederknüppelung des Proletariats. Wie unser Münchener Parteiorgan, „Der Kampf“, erzählt, werden im Voranschlag des Staatshaushalts nicht weniger als 15 074 000 Mark für die angeblich „privaten“ Einwohnerwehren angesetzt!

Diese Maßnahmen, die den konterrevolutionären Charakter der bayerischen Regierung grell illustriert, bedeutet eine offene Kampfanzeige an das Reich, dessen äußere Politik durch das Vorgehen der bayerischen Reaktionäre auf das schwerste gefährdet wird. Wiedermar zeigt es sich, daß die Politik der deutsch-nationalen und imperialen Dunkelmänner absichtlich darauf angelegt ist, dem Reich fortgesetzt Schwierigkeiten zu bereiten, denn es versteht sich von selbst, daß die Entente das Vorgehen der bayerischen Regierung als Verletzung der in Spa eingegangenen Verpflichtungen der Reichsregierung erachtet wird. Was gedenkt die Reichsregierung diesem gemeingefährlichen Treiben gegenüber zu tun? Wird es nun diesen Skandal ruhig hinnehmen und sich bloß dann rühren, wenn irgendein Freistaat sich unterfangt, sozialistische Politik zu treiben?

Pinkerton flunkert weiter

Die von Stinnes ausgehaltene „Deutsche Wirtschaftshilfe“ flunkert weiter. Der Magdeburger Reinfall hat auf diese Gesellschaft absolut nicht ernüchternd gewirkt, um so mehr, als sie in der monarchistischen Presse einen Bundesgenossen gefunden hat, der jeden Schwindel, auch den dümmsten, in großer Aufmachung den Lesern vorsetzt. So berichtet jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ aus dem Ruhrgebiet, daß dort die „Sowjetorganisations“ die letzte Pönd zur Durchführung der Räteherrschaft angelegt haben. Der

Bericht, den sie dafür als Befehl anzuführen glaubt, ist zum Teil dem wunderbaren „Geheimdokument“ aus Remel entnommen; es heißt da u. a., daß „die reaktionäre Sippschaft reiflos befehligt werden muß.“ Jawohl, reiflos, auf daß von dem ehemals so blühenden deutschen Vaterland nur noch 5 Millionen Menschen übrig bleiben: die Reichstagswähler der U. S. P. D.! Das ist die reine Wahrheit, an der nicht „gerüttelt“ werden kann. Auch an der Nachricht, daß Hindenburg i. D. S. als Stütz der neuen Räteregierung auszuweisen sein sollte, kann nicht gerüttelt werden. Die absolute Zuverlässigkeit der Pinkertongauer geht ja schon daraus hervor, daß es in Hindenburg einen Oberleutnant Lang ebensoviele gibt wie einen Arbeiter Schöngut: jene beiden blutrünstigen Verbrecher, die in Hindenburg dazu ansetzen waren, „alles auszurotten, was sich dem Proletariat entgegenstellt.“ Die Rapp-Presse hat eine feine Methode erfunden, den Pinkertonschwindel in Wahrheit umzuwandeln. Sie setzt einfach jeder Nachsicht das Motto vor: „An der Echtheit dieses Dokuments darf nicht gerüttelt werden.“ Und schon muß es geglaubt werden. Wenn diese Sache nicht so dumm wäre, könnte sich die Rapp-Presse das Patent darauf erteilen lassen.

Ein Vorstoß der Eisenbahnbeamten

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beriet gestern die Beschlüsse des Unterausschusses über die Einsetzung des Verkehrspersonals in die Besoldungsordnung. Die drei Eisenbahnerverbände hatten dazu ein Ultimatum mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Die Vertreter der Groß-Organisationen des Deutschen Eisenbahnpersonals haben von der Auslegung des Beschlusses des Haushaltsunterausschusses vom heutigen Tage, wonach die Höherklassung der Eisenbahnbeamten erst bei der Revision im Herbst 1920 erfolgen soll, Kenntnis erhalten. Sie vermögen unter diesen Umständen nicht mehr ihre Mitglieder zum Austritt in den Landesdienst zurückzuführen und haben die Absicht, im Laufe der nächsten Woche zunächst einen Demonstrationstreik des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals einzuleiten, falls die Groß-Organisationen bis Sonnabend, den 31. Juli 1920, nachmittags 3 Uhr vom Haushaltsausschuß des Reichstags und von der Reichsregierung keine befriedigende und bindende Erklärung über die absolute Erfüllung ihrer Wünsche erhalten.“

Deutscher Eisenbahnerverband
Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten
und Anwärter.

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten.

Darüber entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Reichsfinanzminister Brüch erklärte, daß er angesichts des Ultimatus keine Bemühungen um eine Verständigung einzuleiten müsse. Es gehe gegen die Autorität der Regierung, gegen die Demokratie und gegen das Parlament, daß die Eisenbahner in einer derartigen Weise einen Druck auszuüben suchen. Diesem könne man nicht weichen.

Die Abgg. Kohler (Soz.), Schmidt (Dem.) und Dr. Höffe (Z.) erklärten, daß die Eisenbahner nahe liegenden Organisationen von dem Ultimatum nicht verständigt worden seien. Auch die Vorstände der Organisationen wissen nichts davon.

Der Ausschuß sagte danach den Beschlüssen bis zur Klärung der Angelegenheit und zur förmlichen Zurückweisung des Ultimatus die Verhandlungen auszusetzen. Die nächste Sitzung wurde auf Montag angelegt.

Es handelt sich hier um einen Vorstoß besonders der Beamtenklasse der Eisenbahn, worauf es wohl zurückzuführen ist, daß die im Reichstag anwesenden Vertreter der Eisenbahner-Gewerkschaften erklären konnten, sie wüßten von der Angelegenheit nichts.

Die Abstimmung, die das Vorgehen der Eisenbahner hervorgerufen hat, ist begreiflich. Die Quelle der Erregung ist die Verzögerung der Gehaltsausbesserungen, die durch die Nebennahme der Eisenbahner im Reichsdienst verursacht worden ist. Die Eisenbahner wollen darunter nicht leiden. Nach einer Zustimmung des Zentralverbandes der Angestellten an W. T. S. ist die Erregung vergrößert worden durch von den Finanzminister erlassene Ausführungsbestimmungen, die sich in wesentlichen Teilen mit dem Inhalt des Tarifvertrages nicht decken. Dazu sind die Ausführungsbestimmungen zurückgeführt mit sehr ungünstigen Vorschriften über die Rückzahlung einer im April zur Änderung der Kostlage gewährten Vorstufung.

Die erwähnte Zustimmung des Zentralverbandes der Angestellten ist außerdem mit, daß die Erregung der Eisenbahner besonders starken Ausdruck fand auf einer Konferenz, die in der vergangenen Woche in Essen stattfand. Die Zustimmung behauptet: „Trotzdem die Konferenz unter Umgehung der Gewerkschaften einberufen und nur von einer Minderheit besucht ist, wurde für den 2. August ein Demonstrationstreik beschlossen. Ein gewählter Aktionsausschuß versucht den Anschlägen zu erwidern, als wenn die Verbände diesem Streik zustimmen. Demgegenüber lehnen sämtliche am Vertragsabschluss beteiligten Verbände eine Teilnahme am Streik aus tatsächlichen sowie moralischen Gründen ab.“

Auch dadurch wird an der Berechtigung der Forderungen der Eisenbahnbeamten nichts geändert.

Die Vorschüsse für Deutschland

Paris, 31. Juli.

Die Kammer hat das Gesetz über die Vorschüsse für Deutschland auf Grund des Kohlenabkommens von Spa Deutschland zu bewilligen, in seiner Gesamtabstimmung mit 336 gegen 189 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über den ersten Artikel des Gesetzes hatten 150 Abgeordnete sich der Stimme enthalten.

London, 31. Juli.

Der Gesetzentwurf über Bewilligung eines Kredites von fünf Millionen Pfund Sterling an Deutschland, der als Vorbehalt auf Grund des Kohlenabkommens von Spa zu leisten ist, wird am Montag vom Unterhaus beraten werden.

Weißer Terror

München, 31. Juli.

In dem vor dem Volksgericht München stattfindenden Hochverratsprozess gegen Dening und Genossen beantragte der Staatsanwalt gegen Dening, der in ehrlöser Gestalt gehandelt habe, wegen Hochverrats 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust gegen Deder 9 Monate Festungshaft. Bezüglich des Angeklagten Freiberger überließ es der Staatsanwalt dem Ermessen des Gerichts, ob ein subjektives Verschulden diese Angeklagten vorliege. Dening wurde wegen Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr Festungshaft verurteilt. Die Angeklagten Freiberger und Deder wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt wagt es, ein solches Strafmaß zu beantragen und die Beurteilung erfolgt, obwohl nachgewiesen wurde, daß die dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen lediglich den Zweck haben sollten, die Abwehr eines rechtsprechtigen Vorgehens zu verhindern. Leute, die in gutem Glauben handeln, um zum Schutze der bestehenden Verfassung beizutragen, werden in Deutschland mit hohen Strafen bestraft. Weißer Terror und nichts anderes!

Die Entwaffnungsdebatte im Reichstag

Der Sitzungsbericht

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Eingegangen ist ein Schreiben des Reichsverkehrsministers Gröner, wonach den Wünschen des Reichstages entsprechend ein Zuschlag zur Prüfung der technischen und finanziellen Verhältnisse der Reichseisenbahnen eingeholt worden ist. Ihm sollen neben Verkehrsachtfachverständigen 12 Reichstagsabgeordnete und 12 Mitglieder des Reichswirtschaftsrates angehören.

Die Entwaffnung der Bevölkerung

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Danach sind alle Militärwaffen bis zu einem vom Reichsminister für die Entwaffnung festzulegenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmenden Stellen abzuliefern. Dasselbe gilt für die Munition. Reichsminister des Innern Koch: Zu dieser Vorlage sind wir durch das Abkommen von Spa verpflichtet. Wir können diese Aufgabe aber nur lösen, wenn sie nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volk durchgeführt wird. Wie viele Waffen noch im Besitze der Bevölkerung sind, kann auch nicht schätzungsweise angegeben werden. General v. Seel hat in Spa eine Aufstellung übergeben, wonach in unbefugten Händen sich noch etwa 1,9 Millionen Gewehre, 8400 Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer befinden. Neben den gesetzlichen Maßnahmen wird daher auch eine weitgehende Auffklärung des Volkes notwendig sein. Die Entwaffnungsaktion selbst kann nur durch das Reich und nicht durch die Länder durchgeführt werden. Die Durchführung muß in den Händen einer

staatlichen Behörde

liegen. Es soll daher ein Reichskommissar für diesen Zweck ernannt werden, der völlig unparteiisch vorgehen soll. Die Hauptzahl der Waffen befindet sich in den Händen derjenigen, die einen Angriff von der Gegenseite erwarten. Die Aktion soll so unpolitisch wie möglich durchgeführt werden. (Lachen der U. So.)

Abg. Dühring (Soz.): Wir haben gegen den Gesetzentwurf die größten Bedenken. Er muß in einer gründlichen Kommissionsberatung noch wesentliche Verbesserungen erfahren, wenn wir ihm zustimmen sollen. Das Gesetz muß dazu führen, daß sich Waffen nur noch in den Händen der Reichswehr und der Sicherheitspolizei befinden. Der Minister ist im Jargon, wenn er ausbleibt, daß die Kreise, die Waffenschlüssel haben, nicht mehr diese Waffen in Händen haben. Wir haben die allergrößten Bedenken gegen die Einwohnernewehr und die in großen Kreisen gegen die Selbstschutzw Verbände. Die letzteren Verbände werden schon dadurch genügend gekennzeichnet, daß sie das Werk des reaktionären bayerischen Fortritts und Hauptmanns v. D. Eberich sind. Diese heimlich gegründeten Verbände verstoßen gegen die §§ 126 und 129 des Strafgesetzbuches. Ich vermute, daß die Regierung Antwort auf die Frage, ob auch diese Selbstschutzw Verbände unter die Wohlthat des § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes fallen. Die Selbstschutzw Verbände haben beschloffen, sich einer Entwaffnung

mit Gewalt zu widersetzen

und sie finden dabei die Unterstützung der Wehrkreiscommandos. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr will es ja sogar auf einen Bruch mit dem Reich ankommen lassen, um unter allen Umständen die Entwaffnung zu verhindern. In Dörfern gehen die Selbstschutzw Verbände mit Zustimmung der Reichswehr unter Leitung von Offizieren, die aus der Sicherheitswehr entlassen werden mußten, weil sie in Bezug auf die republikanische Verfassung nicht zuverlässig waren. (Hört! Hört!) Angesichts der großen Waffenslager, die noch überall auf den Gütern vorhanden sind, müssen die Strafbestimmungen bedeutend verschärft werden. Es darf auch nicht vor der Vermögenskonfiskation zurückgeschreckt werden. Nur, wenn die Vorlage gründlich umgestaltet wird, können wir ihr zustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Ernst Hagen (USP)

Ueber die Frage, wo die Waffen sind, besteht anscheinend auch heute noch in der Regierung nicht die richtige Vorstellung. Wir bedauern, daß immer noch die Regierungsstellen das Spitzmaterial über rote Armeen usw. gläubig hinnehmen. Wir können Ihnen jederzeit nachweisen, daß die Arbeiterklasse in keiner Weise mit großen Waffensammlungen versehen ist, daß aber im Gegenteil die Konterrvolution mehr als genug Waffen hat. Auch im Ruhrgebiet haben wir die Waffen erst von der Einwohnernewehr und Bürgerwehr uns holen müssen, wir selbst hatten keine gehabt. Wenn später einige Waffen in den Händen der Arbeiter waren, so ist das in keinem Zusammenhang mit irgend einer politischen Partei. (Zurufe.) Die deutsche Wirtschaftspolitik ist eine Organisation, die seit Jahr und Tag systematisch Umwälzungen in Deutschland verbreitet, mit der Absicht, die wirklichen Waffenschlüssel zu verdecken, in dem sie handelt, wie der Spitzbube, der schreit, halter werden die tollsten Nachrichten in die Öffentlichkeit geschickt, um sie gegen die Arbeiter anzuhaken, und dagegen schreit natürlich der Herr Reichsminister des Innern nicht ein. Beahlt wird diese Schwindelorganisation, soweit wir unterrichtet sind,

von Herrn Einnes und anderen Großindustriellen,

won wir auch verstehen können, da sie so tüchtig im Dienste der Konterrvolution arbeiten. (Sehr richtig!) Redner verliest einige besonders tolle Schwindelnachrichten. Es geht nicht, daß man hier eine Vorlage einreicht, die sich gegen Teile der Bevölkerung richtet, eine Vorlage auf der anderen Seite unternimmt man nichts, um die reaktionären Formationen, die Einwohnernewehr und die Zeitweiligen um endlich aufzulösen. Nicht nur die Einwohnernewehr haben Waffen verschoben, sondern die Reichswehr selbst sabotiert die Entwaffnung. Die ganzen landwirtschaftlichen Kreise sind mit Waffensammlern überlat und diese Waffensammlungen werden heute noch fortgesetzt. Noch dazu mit Mannschaften und Munition. (Sehr richtig!) Die angeblich aufgelösten Artillerie sind garniert. (Hört! Hört!) Sie sind in Lager oder auf dem Lande untergebracht und können jederzeit das Heer der Reaktion von 200.000 bis 400.000 Mann und mehr erhöhen. Redner führt auch hierzu einige Beispiele an, z. B. das Detachement Kofschach. Dieses wird ganz Deutschland zu einer Spitzelorganisation machen, geleitet von einem Direktor mit einer großen Anzahl Unterdirektoren, das Telephongeheimnis, das Postgeheimnis all das hört auf. Sie sind durchaus für die Gesamtwaffenung der Bevölkerung, aber nur im Verein mit der Arbeiterklasse, mit dem gesamten Proletariat. Der Reichswehrminister Fehler hat nie etwas getan, um die Entwaffnung der Konterrvolution vorzunehmen, er ist nur ein jüdisches Dekorationstüdel seiner Militärs. Sein Geist scheint

von Seel umnebelt

zu sein. (Heiterkeit.) Wenn es unter Kofschach schon schlimm war, so ist es heute noch viel schlimmer. Auf Grund all dieser Tatsachen sind wir der Meinung, daß dieses Gesetz nicht angenommen werden kann, wir stimmen jedoch für die Ueberweisung an einen Ausschuss aus dem hauptsächlich ein anderes Produkt hervorgeht. (Beifall bei den U. So.)

Der bayerische Gesandte v. Preger weiß die Angriffe gegen den bayerischen Hauptmann Eberich den Organisator der bayerischen Einwohnernewehr juristisch und betont, daß die Einwohnernewehr nur zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig sei. (Zurufe bei den U. So.) Die bayerische Regierung wird sich weigern, die Einwohnernewehr zu entwaffnen. Die gegenwärtige Fassung des Ministerpräsidenten v. Kahr ist bereits durch M. T. B. demontiert. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Dr. Köhler (D. Nat.): Eine rote Armee existiert fast ausschließlich unter den Augen der Bevölkerung hier auf dem Territorium des Reiches. (Lachen links.) Die Offiziere, die Kapp folgten, haben nur ihr Recht gesucht.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Die Waffen gehören nur in die Hände der staatlichen anerkannten Organisationen. Die Unabhängigen

sind selbst an der Bildung der Einwohnernewehr schuld. Die Novemberrevolution brach über uns herein, wie ein Gewittersturm, und die Herzen von rechts haben es uns gedankt, daß wir dann wieder für Ordnung sorgten. Der Kapp-Putsch aber löste eine ruhige Aufwärtsentwicklung ohne Grund. (Sehr richtig! links.)

Abg. Frau Jekin (K. P. D.): Dieser Entwurf will nur die deutschen Arbeiter wehrlos machen, nachdem sie schon waffenlos sind. Er bedeutet eine zivile Militärdiktatur gegen die Arbeiter. Gegen die Entscheidung des künftigen Diktators gibt es keine Instanz, denn die Reichsregierung ist ja mit ihm eins. Es hiesse den Teufel mit Belshazzal austreiben, wenn man der Bourgeoisie die Entwaffnung überläßt. Es kommt vor allen Dingen darauf an, wie das Gesetz durchgeführt und wer es durchführt. Und die Spuren sprechen das deutsche Proletariat, denn sie weisen seit dem 6. Dezember 1918 ins Lager der Gegenrevolution. Die feierlichen Abkommen von Kiel, Feld und Münster wurden schändlich gebrochen, während die Kappverbrecher bis heute noch im großen Ganzen straffrei ausgegangen sind. (Sehr richtig!) Wer von den Arbeitern noch aus der Kriegszeit einen Karabiner oder ein Gewehr hatte, der wurde mit den allerersten Strafen bestraft, während man nie davon etwas hörte, daß die Herren Gutsbesitzer, bei denen Millionenlager gefunden wurden, auch nur im geringsten zur Verantwortung gezogen wurden. Wenn hier gesagt wird, es dürfte sich in der Bevölkerung feinerer Waffen befinden, so sage ich, die Staatsgewalt biete keine Bürgschaft dafür, daß sie ihre Waffen nicht gegen die Arbeiterschaft richtet, solange diese kapitalistische Regierung dieser Klassenhaft besteht, trotz seines demokratischen Außengeschlusses. (Sehr richtig!) Wir sind dafür, daß das Gesetz erst einer genauen Kommissionsberatung unterzogen wird, wenn wir uns auch vom Resultat nichts versprechen. Aber es muß dort festgestellt werden, daß die Waffen nicht beim Proletariat sind, sondern bei der Gegenrevolution. Dieses Gesetz ist ein Pakt der internationalen Gegenrevolution und nicht der internationalen Verteidigung. (Lebhafte Beifall links.)

Der Präsident ruft nachträglich auf Grund des stenographischen Protokolls die Abg. Kappeler und Wolf (Soz.) zur Ordnung.

Abg. Unterleitner (USP)

Die Ausführungen des Gesandten v. Preger fordern den schärfsten Widerspruch heraus. Wenn er sagt, die bayerische Regierung ist gemäß der Entwaffnung durchzuführen, so habe ich und meine Partei dazu berechtigten Zweifel. (Sehr richtig!) Wir glauben dem Ministerpräsidenten v. Kahr, der nicht nur einmal Umwälzungen gesagt hat, nicht, daß er dieses Versprechen hält. Wenn ein solcher Beamter einmal seinen Treueid bricht, wenn er an Besprechungen teilnimmt, die zum Sturz seiner vorgezogenen Minister führen sollen, (Andauernde Unruhe, Zurufe: Unerhört!) das ist unbedenklich, daß er als damaliger Untergebener des Ministers Endres an dessen Sturz mitgearbeitet hat und nur durch eine Revolte des Militärs selbst Minister geworden ist, dann hat man zu einem solchen Mann nicht mehr das Vertrauen, daß er seine Worte hält. Leichtfertig hat Herr v. Kahr Gerüchte über Einbewaffnung in die Welt gesetzt, gegen sein besseres Wissen. Er läßt sich auf die Reaktion, auf die Einwohnernewehr und auf alle jene Kreise, die der Herr Minister des Innern nicht entwaffnen wird. Er wird auch die Waffen nicht finden, die schon heute in großen Massen nach Tirol verschoben werden. (Hört! Hört!) Oder in fast jeder Scheune versteckt sind. Wenn die Regierung wissen will, wo die Waffen sind, dann braucht sie nur die Unabhängige Sozialdemokratie fragen, die kennt die Waffenslager der Reaktion. Es liegt nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern des ganzen Reiches, daß gerade in Bayern die Entwaffnung streng und gerecht durchgeführt wird. (Beifall bei den U. Soz. Lärm bei den Witzrednern.)

Bayerisches Mitglied des Reichsrats Hamm widerspricht unter dauernder Unruhe der Unabhängigen den Ausführungen des Abg. Unterleitner (U. Soz.)

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Bei Nichterfüllung des Abkommens von Spa erfolgt der Einmarsch der Entente. Da sollte das Parlament sich zusammensetzen, um auf allen Seiten die Waffen herauszuholen. Ohne Ausnahmebestimmungen geht es nicht, denn das Reich ist ein Bundesstaat und ich habe keine Möglichkeit gegen die preussischen Behörden vorzugehen. Die Selbstschutzworganisation wird unter Kontrolle der Reichsregierung stehen, wir werden uns da nicht auf das Militär verlassen. (Beifall.)

Abg. Simon (U. Soz.): Die Regierung Kahr ist nur durch einen Staatsstreich zur Herrschaft gelangt, das hat Minister Wirth in der ersten Sitzung nach dem Kapp-Putsch hier festgestellt. (Lauter Rufe rechts: Das ist nicht wahr!) Nachträglich ist sie allerdings durch die Wahlen legitimiert. Hoffmann ist nur unter militärischem Druck zurückgetreten. In der Einwohnernewehr befinden sich keine Arbeiter mehr, seitdem sie eingeschoben haben, welche politischen Ziele sie verfolgt. (Zurufe rechts: Auch das ist nicht wahr!) Die Einwohnernewehr ruft künstlich Unruhen hervor, indem sie Verhaftungen vornimmt, die zu Demonstrationen führen müssen.

Abg. Gruber (Soz.): Herr v. Kahr ist ja nur eine Marionette in den Händen anderer. General Mühl hat seiner Zeit die volle Verantwortung für die Sicherheit der Minister tragen. (Hört, hört!) Hoffmann wehrte sich, aber seine Kollegen entschieden gegen ihn und gaben die Staatsgewalt aus den Händen. Das war ein unerhörter Gewaltakt gegen die bayerische Verfassung. (Sehr richtig links.) Ich warne den Minister des Innern. Ich traue der bayerischen Regierung nicht. Nicht, weil sie böswillig ist, sie hat ja keinen Willen. Denn v. Kahr ist nur ein Platzhalter für Dr. Heim oder einen andern. Dr. Heim ist ein Schlauer Fuchs, der immer sein Alibi nahelegen wird. (Heiterkeit.) Das Vertrauen des Ministers Koch zur bayerischen Regierung ist geradezu gefährlich.

Abg. Eckardt (U. Soz.): Bei der Entwaffnung Braunschweigs brauchte man kein solches Gesetz, sondern hätte mit gewaltiger Truppenmacht ein. So würde die Regierung wieder verfahren, wenn sie glaubte, daß die Arbeiterschaft noch Waffen hat. Jetzt bringt die Entente die Regierung zur Entwaffnung ihrer eigenen Leute, die z. B. in Braunschweig von der Reichswehr noch Gewehre für 75 Pfennig erhalten haben.

Die Vorlage wird der Ausschussberatung überwiesen. Es folgt der Rest des Rot. Etats, beginnend mit dem

Haushalt des Reichspostministeriums.

Abg. Frau Jekin (U. Soz.): Der Erlaß des Postministeriums über die Beamtenauschüsse hat bei den Beamten den größten Jörn hervorgerufen. Bei der Wahl ist das Dreiklassenwahlrecht eingeführt worden. Die Ausschüsse müssen nach unserer Meinung in gemeinsamen Wahlgang geschaffen werden. Das Ministerium handelt aber nach dem Grundsatze: teile und herrsche. Dadurch soll das ekelhafte Strebertum gefördert werden. Bei der Einordnung in die Besoldungsordnung sind viele Beamte unrecht behandelt worden. Die Besoldungsordnungen sind viel günstiger als die des Reiches. Daher fühlen sich die Reichsbeamten benachteiligt. Es war von uns ein Antrag eingebracht worden, der die Benachteiligung der einzelnen Beamten ausgleicht, die durch die Einreihung in die verschiedenen Beamtenkategorien entstanden waren und bis zur endgültigen Regelung Vorläufige verlangte. Auch dieser Antrag besagte nur etwas ganz Selbstverständliches und trotzdem wurde er im Hauptauschuß gegen die beiden sozialistischen Parteien abgelehnt. (Hört, hört!) Wir sind der Meinung, daß der Staat verpflichtet ist, seinen Beamten und Beamten

—Indefens das Existenzminimum

zu gewähren. (Sehr richtig!) Man kann dabei nicht die Arbeiter im Privatbetrieb ausspielen gegen die Arbeiter im Beamten- und Staatsbetrieb. (Sehr wahr!) Wenn Sie fragen, woher das Geld genommen werden soll, so können wir Ihnen schon Mittel nennen, die Sie aber doch nicht anwenden; die 3/4 Milliarden für Freis-

schsprämien für Großagrarien wären hier gleich zu nennen. Oder sozialisieren Sie doch die Bergwerke, dann haben Sie neue Einnahmequellen. (Sehr richtig!) Die Stellungnahme der Regierung in der Frage der Beamtenbesoldung ist reichlich unklar und hat große Unruhe in der Beamenschaft ausgelöst. Wir müssen alles tun, um die gerechten Wünsche der Beamten zu erfüllen, denn nur so werden wir eine arbeitssfähige und arbeitstrotze Beamenschaft erhalten. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß dem Wunsch des Reichstages, am Dienstag in Ferien gehen zu können, nur dann entsprochen werden könnte, wenn das Redebedürfnis eingeschränkt würde. (Beifall.)

Reichspostminister Sieberts: Ich habe die Hoffnung, daß die Wünsche der Beamten eine Regelung finden, die alle Beteiligten befriedigen. Ich habe bereits längst verfügt gehabt, daß bei der Postverwaltung zunächst der halbe Lohn auszubehalten ist. Die persönlichen Ausgaben sind bei der Postverwaltung bedeutend höher als die tatsächlichen Ausgaben. Die bisherigen Beamtenauschüsse sind nur ein Provisorium, die eine gute Grundlage für die endgültigen abgeben. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich habe immer betont, daß wir das Reichsbesoldungsgesetz umbauen und alle Ungerechtigkeiten beseitigen müssen, denn es geht nicht, daß die Rechte der Länder besser dastehen als die Rechte der Reichsbeamten. Es ist das Unglück, daß niemand drauhen die Augen öffnen will gegenüber der fürchterlichen finanziellen Lage, in der sich Deutschland befindet. Ich mache mir Sorgen, ob die derzeitigen Gehälter der Beamten auf längere Zeit hinaus überhaupt noch bezahlt werden können. (Hört, hört!) Angesichts der leidenschaftlichen Beunruhigung in der Beamenschaft sage ich, daß man schnell gehen muß, um doppelt zu geben. Umlomere bin ich und der Haushaltsauschuß muß auf peinlichste beruhen von einem Schriftstück, das mir gestern namens der drei großen Eisenbahnerorganisationen überreicht wurde. Darin heißt es, daß die Vertreter der großen Eisenbahnerorganisationen schärfsten Protest dagegen erheben, daß die Nachprüfung der Besoldungsreform erst im Herbst stattfinden soll. Sie drohen mit

Demonstrationsstreik

des gesamten deutschen Eisenbahnerpersonals, falls die Organisation bis zum 31. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Haushaltsauschuß und von der Reichsregierung keine befriedigenden und bindenden Erklärungen über die Erfüllung ihrer Wünsche haben. (Zurufe: Unerhört! — Lebhaftige Bewegung.) Und das im gleichen Augenblick, wo die Verhandlungen vor dem Abschluß stehen. (Stürmische Pfuirufe.) So sitzt uns eine Gruppe unverantwortlicher Führer den Dolch in den Rücken. Der deutsche Eisenbahnerverband hat durch den Mund des Abgeordneten K. Kohler erklärt, er wisse nichts von diesem Ultimatum und es ginge ganz gegen seine Absicht. Die Mehrheit des Ausschusses (Zuruf: Nur die Mehrheit!) war der Meinung, daß man den Verbänden Gelegenheit geben müsse, sich dazu zu äußern. Ich als Minister habe mich schärfstens dagegen gewandt, da ich es nicht mit meiner Ehre vereinbaren kann, unter dem Druck eines solchen Ultimatum Verhandlungen zu führen. (Lebhafte Beifall. — Zurufe der U. Soz.)

Abg. Frau Jekin (U. Soz.) bringt weitere Beschwerden über den Postverkehr vor, z. B., daß man vom Lande Postanwärter holt, um in Berlin mitleidige abzuschleppen. Besonders bedauerlich ist die Erscheinung, daß die bayerischen Beamten mit dem Recht des Rücktritts in den Landesdienst Gebrauch gemacht haben. Wenn ich Mißstände hier zur Sprache bringe, so erfülle ich nur meine Pflicht als Volksvertreterin. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Sedl (U. Soz.): Die Bedeutung dieses sogenannten Ultimatum hat der Herr Reichsfinanzminister stark übertrieben. Wenn jemand wirklich eine solche Aktion vor hätte, dann würde er sie sicherlich nicht in einem Briefe zuerst zur Kenntnis bringen. Redner protestiert dann an Hand von Beispielen gegen Telefonüberwachung und Briefzensur. (Beifall bei den U. Soz.)

Der Haushalt des Reichspostministeriums wird genehmigt. Montag, 2. August, 1 Uhr: Annahmesitzung, dritte Beratung des Entwaffnungsgesetzes, Rot. Etat, kleine Vorlagen. Schluß 6 Uhr

USP. und Sozialisierung

Im Reichstage hat am Schluß der Beratung über das Spa-Abkommen Klara Jekin bei der Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen, der die sofortige Sozialisierung des Bergbaues verlangt, Stimmenhaltung geübt. Die Empfindung, daß dieses eigenartige Verhalten eine Reichsfeierigung notwendig macht, veranlaßt die „Rote Fahne“, in einem Artikel die Haltung der Unabhängigen Partei zur Sozialisierung zu erörtern. Sie schreibt:

Gewiß: der Beginn der Sozialisierung ist, wie wir hier wiederholt dargelegt haben, die grundlegende Voraussetzung dafür, daß die deutsche Wirtschaft gegen die Sabotage der Unternehmung geschützt wird, die das Kohlenabkommen zum Vorwand für Betriebsstilllegungen zu benutzen sich anshiden. Aber, die Sozialisierung kann nicht durchgeführt werden durch Parlementsentschlüsse. Wäre das der Fall, so wäre sie längst verwirklicht. Denn ein Sozialisierungsgesetz ist bereits von der Nationalversammlung angenommen worden, aber irgendein Schritt zur Durchführung dieses Gesetzes, das im übrigen völlig unzulänglich ist, ist bisher nicht getan worden.

Was hier die „Rote Fahne“ bemerkt, ist durchaus zutreffend. Aber es ist nicht nur die Ausobauung der K. P. D., sondern vor allem die Ausobauung der Unabhängigen Partei, die noch vor Erscheinen des Artikels in der „Roten Fahne“ vom Genossen Herz im Reichstage durchaus klar dargelegt worden ist.

Die „Rote Fahne“ gibt auch weiter zu, daß in dem Machtkampf des Proletariats um die Sozialisierung, die Parteien des Proletariats auch das Parlament benutzen können. Aber man dürfe dadurch nicht die Illusionen auf das Parlament stärken, sondern die Masse zum Kampf um die Sozialisierung aufrufen. Auch das hat die Unabhängige Sozialdemokratie gerade in den letzten Tagen mehrfach getan. Und der Antrag der Unabhängigen, sollte gerade die Aufgabe erfüllen, die Masse zum Kampf um die Sozialisierung aufzurufen und gleichzeitig den bürgerlichen Parteien die Masse herunterreißen. Auch diese Aufgabe zu erfüllen ist notwendig, denn sie stärkt den Kampf der Masse. Es ist daher sehr bedauerlich, daß durch das Verhalten Klara Jekins diese Absicht durchkreuzt worden ist.

Für die Verbilligung des Schuhwerks

Die Schuhpreise sind trotz der Preisoberabhebungen in letzter Zeit immer noch so gewaltig, daß die breiten Massen der Bevölkerung sie einfach nicht bezahlen können. Unsere Vertreter im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages haben nunmehr einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem ein Teil der Gewinne der Kriegsgesellschaften in der Leder- und Schuhwarenindustrie für die Senkung der Schuhpreise in Anspruch genommen werden soll. Der Entwurf bestimmt in seinen ersten zwei entscheidenden Paragraphen folgendes:

§ 1.

Der Sicherheitsfonds der Deutschen Lederarbeiter-Gesellschaft, der Liquidationsfonds des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie, der Liquidationsfonds des Hauptverteilungsausschusses des Schuhhandels, der Liquidationsfonds der Sattlerlebergesellschaft m. B. H. sind mit Wirkung vom 1. Juli 1920 ab zu Gunsten des Reiches zum Zwecke der Verbilligung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem, neuem ledernen Strahenschuhwerk beschlagnahmt, werden Eigentum des Reiches und sind an die Reichskasse abzuführen.

§ 2.

Die gesetzlichen Vertreter der in § 1 genannten Organisationen sind für die Abführung der Beiträge persönlich haftbar. Insgesamt handelt es sich um eine Summe von etwa 35 Millionen Mark, die der Reichskasse durch dieses Gesetz zugeführt werden sollen.

A. Wertheim Außergewöhnlich billiges Angebot

Damenkleidung

- Mantel blau od. mode, imprägniert, mit Gürtel . . . 195⁰⁰
- Seiden-Mantel farbig, imprägniert, offen u. geschlossen zu tragen . . . 450⁰⁰
- Kostümrock aus gutem fest. Waschstoff, weiß 38⁰⁰
- Kostümrock aus Voile, reich mit Säumchen garniert, weiß . . . 88⁰⁰
- Sport-Bluse aus Krepon u. leinenartig. Stoff 39⁰⁰
- Bluse aus gutem Opal, mit Stickerei und breiten Zwischensätzen . . . 45⁰⁰
- Morgenrock aus Waschstoff . . . 96⁰⁰
- Morgenrock aus Waschstoff, versch. Formen 135⁰⁰
- Unterrock aus gestreiftem Waschstoff, . . . 19⁵⁰
- Unterrock Waschstoff, versch. Ausführungen 49⁰⁰
- Kleid baumwoll. Krepon jugdl. Form, weiß, rosa, blau 85⁰⁰
- Sommerkleid aus la bedruckt. Voll-Voile, gedeckte Muster . . . 165⁰⁰
- Damenhemd mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . . 39⁵⁰
- Beinkleid für Damen 32⁰⁰
- Untertaille mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . . 19⁷⁵
- Hüftkorsett aus creme Baumwollstoff . . . 32⁵⁰
- Korsett mode Baumwollstoff, lange Form, 2 Halt. 35⁰⁰
- Büstenhalter . . . 12⁵⁰
- Handschuhe farb. Baumwolle, feine Qual. 5⁹⁰
- Handschuhe weiß, farb., schw., Leineners. 13⁵⁰
- Handschuhe weiß, porös, 12 Knopf lang. 19⁵⁰

Kinderkleidung

- Kinder-Waschkleider Serie I Größe 45-60 cm weiß und farbig . . . 15⁰⁰
- Serie II in Größen bis 70 cm verschiedene Ausführungen . . . 39⁰⁰
- Serie III in Größen bis 85 cm verschiedene Ausführungen . . . 59⁰⁰
- Knaben-Waschanzüge Kittel- und Einknopfanzüge für das Alter von 1-4 Jahren 37⁵⁰
- Blusenanzüge und verschied. andere Formen, für 6-8 Jahre 47⁵⁰
- Kieler Anzüge, weißer Drell, für das Alter von 3 Jahren . . . 86⁰⁰

Wasch- und Seidenstoffe

- Schleierstoffe bedruckt, dunkle Muster . . . 17⁵⁰
- Voll-Voile bedruckt, etwa 100 cm breit . . . 19⁵⁰
- Voll-Voile ca. 115 cm breit, weiß bestickt . . . 22⁵⁰
- Batist weiß Seidenglanz etwa 115 cm breit . . . 26⁵⁰
- Blusenseide gestreift und kariert . . . 18⁵⁰
- Schleierstoff bedruckt, etwa 100 cm breit 23⁰⁰
- Bourettestoff bedruckt, etwa 100 cm breit 32⁵⁰
- Halbseid. Krepp helle Bandstreifen . . . 45⁰⁰

Damen-Halbschuhe 95⁰⁰

Bindeschuhe, schwarz und farbig, mit Lackbesatz . . .
Spengenschuhe aus farbigem Wildleder . . .

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Webermännchen
8 Uhr: Die Webermännchen

Deutsches Theater
8 Uhr: Die Webermännchen

Kammertheater
8 Uhr: Die Webermännchen

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Webermännchen

Theater des Westens
8 Uhr: Die Webermännchen

Königgräber Straße
8 Uhr: Die Webermännchen

Komödienhaus
8 Uhr: Die Webermännchen

Berliner Theater
8 Uhr: Die Webermännchen

Trianon-Theater
8 Uhr: Die Webermännchen

Residenz-Theater
8 Uhr: Die Webermännchen

Leffing-Theater
8 Uhr: Die Webermännchen

Leopoldine Konstantin
8 Uhr: Die Webermännchen

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr: Die Webermännchen

Neues Volkstheater
8 Uhr: Die Webermännchen

Berliner Brater
8 Uhr: Die Webermännchen

Neues Operettenhaus

Dirigiert Jean Aron
Abend 7 1/2 Uhr:
Prinzessin Friedl

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum
Täglich 7 1/2 Uhr: Süße Ouse.

Ehemaliges Voigt-Theater
Abend 8 Uhr:
Sommerabend:
Täglich nachm. 1 1/2 Uhr:
Bunter Teil
Abend 7 1/2 Uhr:
Die Dame vom Circus

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
Abend 8 Uhr:
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2
Nachmittags
Varietes-Programm!

Casino-Theater
Wiedereröffnung Freitag, 13. Aug.
mit dem neuen Walschik
Knopf's sel. Witwe

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: Im Winkel am Tore
8 1/2 Uhr: Internationale

Sommertheater „Groß-Berlin“
(Königsplatz) u. Hallesche 15

Novembersturm
Kollektion in 3 Akten von
Carl Hübner, dem Verfasser
des „Internationalen“
Vorher, ab 1 1/2 Uhr:
Spezialitäten

Elite-Sänger
Solistenbesetzung
Programm
Wägen-Konzert
Beginn 7 Uhr, Sonntag
und 11-12 Uhr, 4-6 Uhr

NEUE WELT
Königsplatz
Hallesche 109/114
Täglich
Konzert und Variete-
Vorstellung
(12 erhaltene Nummern)
Sollständig neues Programm
Jeden Mittwoch! Entree frei
Jeden Donnerstag!
Elite-Kap. u. Feuerwerk
Dienstags, Mittwachs,
Donnerstags und Sonntags
im Kleinen Saal: Großer Ball
Beginn Mittwoch u. Sonntag
4 Uhr, a. d. anderen Tagen 8 Uhr

Berliner Brater
Königsplatz 7-9
12 Variete-Sensationen 12
Großer Ball
Beginn 1 1/2 Uhr

Cirkus Busch

Gebäude
Täglich 7 1/2 Uhr:
Dr. Spezialitäten-Vorstellung
! Perlas !

Walhalla-Theater
am Rosenthaler Platz
Sonntag, 1. August, nachmittags 3 1/2, Uhr
Die Internationale
Abends 7 1/2, Uhr
Im Winkel am Tore
Soziales Schauspiel in 5 Akten
von Gustav Glesow.

Residenz-Theater, Blumenstraße 10
Tanz auf dem Vulkan

Kammer-Tanzspiele
Bülowsstraße 6 Am Nollendorfpfatz
Telephon: Lützow 2305
Täglich
7 1/2 Uhr:
**Orientalisches Ballett
und Schönheitstänze**

Ballschmieders Friedrich-Wilhelmst.
VARIETE-GAERTEN
Badstrasse 16 Chausseestrasse 38

DIE GROSSEN WELTSTADT-VARIETES

Täglich
frische Seefische
u. Räucherwaren
Geheimtender Fischhalle Steglitz
Albrechtstr. 131. Ecke Döppelstr.

Artikel für Sommer- und Kinderfeste

Kopfbedeckungen, Harken, Seulen,
Kaminalen, Dreifänge, We-
lket, Kisten und Vase, Feuer-
werk, Tanzkontrollen, Quislander,
Fahnen etc.

Bohl & Weber Nachf.
BERLIN C. 19
Am Spittelmarkt 4-7 I
Besteller Versand nach auswärts.
Berlangen Die Postkarte Nr. 16.

Weisse Zähne

Durch
Zahnwohl
beste Zahnpasta
Überall zu haben

Gänsefedern

billigste, auch
angenehm, aus
erster Hand.
Paul Panga'ow
Wriezen (Dorbr.)

MÖBEL

extra billig.
Schlaf-,
Speise-,
Büro-, Zimmer-,
Küchen-, große Auswahl
Zahlungserleichterung
auf Wunsch.

Neugebauer,
Charlottenburg,
Wilmersdorfer Str. 128, I.
Ecke Schillerstr.
Rein Laden.

U. S. P.

(Unsere höchsten Preise)
von
**Leiterwagen
Kastenwagen
Handelswagen**
Eingelassen u. Reparaturen
jeder Art sind bekannt.
Wichtigen Sie unser Lager
ohne Konkurrenz.

Globus-Transportgeräteleiter
Dresdener Straße 55.

Die
**Neuköllner Metall-
Einkaufs-Zentrale**
Kottbuser Damm 66, am
Hermannplatz hand. (ämtliche
Metalle)

Alfmetalle
in den höchsten Tagespreisen

Zinn (Bank) kg 30,-
Kupfer, Messing, Zink, Silber,
kauf im höchsten Tagespreis
Metalle
Prinzessinnenstr. 17 (Wollmarkt)

Kupfer 9,-
Zink 2,50-3,50
Zinn 1,50-2,50

Garantiert
reiner
Rauchtabak
bestens sortiert Pfund 20 Mark

Tabakgroßhandlung Walter Fahren,
Tel. 8907. Neukölln, Hermannstraße 22. Tel. 8907.
Tüchtige Vertreter überall gesucht.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4
Norden 106 21.

Meine großen Möbel-Lager
mit Speisestühlen, Herrenzimmern, Schlaf-
zimmern, Ledern und Gabelstühlen, Gläser,
Lüster, Kissen, Schränke, Bettstätten, kompl.
Rüchensrichtungen usw. Jeden Tag geläufige
lesen Beschäftigung in der Sommerzeit. Die 7. u. 8. u. 198,
nahe Rosenthaler Platz, bei
Möbel-Lechner Haupteingang
Geführt von 3-5.

Nebenverdienst
bis 1000 M. monatlich, leicht zu haben, ohne Vorkauf-
Denkmal. Näheres auf briefliche Anfrage durch:
S. Wehrle & Co., G. m. b. H.,
Berlin-Dahlem, Postfach 110.

Wochen erscheinend!
Herausgegeben vom Weltweitlichen Sekretariat der Kommunistischen Internationale
Bela Gyanta:
Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn
Mit Einleitung von Karl Radek
Aus dem Inhalt: Revolutionäre Bewegungen im Jahre 1918 - Vom Zusammen-
bruch der Monarchie bis zur Errichtung der Republik - Auf dem Wege des Klassen-
kampfes - Mit Stimmenschriften zur Diktatur des Proletariats - Das Verhältnis
des Dorfes zur Stadt - Die Rolle der Gewerkschaften in der Revolution - Was
hat die Diktatur gelehrt? - Der Sturz der Nationalbank
120 Seiten Preis Mk. 6,50
Zu beziehen durch die Buchhandlung der R.D.D., Neukölln, Wollmarkt 66, durch die
Vertriebsbuchhandlung Berlin, Anhalterstr. 1, Buchhandlung H. Seeböck & Co., Berlin,
Auguststr. 60, sowie durch alle Buchhandlungen.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.

Größte Eile geboten!!!

Schluss der Saison-Ausverkaufs kurz bevorstehend!

Wir verkaufen jetzt: Gummimäntel 500, 400, 325
Impr. Seldentmantel 350, 275 Impr. Mäntel 185, 142, 112
Sportjacken, Kunstseide 425, 315 Trikot-Sportjacken 245, 165, 68
Wundervolle Kostüme 900, 475 Feste Kostüme 350, 275, 165
Praktische Unter in Qualität 350, 245 Astrachanmäntel lang, 575, 450, 385
Covercoatmäntel, lang, Impr. 310, 248 Püschmäntel 250, 180, 120
Weiße Flauschmäntel für die See 210, Lodenmäntel 270, Lodenkostüme 420,
Stoffröcke 100, 75, 50

Jetzt noch:
Pelzmäntel 8600, 7500, 6200, 4500, 3650

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Dienstag, den 3. und Donnerstag, den 5. August
Anbei bei eintrübender Dunkelheit (8 Uhr) ein

Riesen-Feuerwerk im Stadion

mit 6 Fronten und allen pyrotechnischen Neuheiten hat.
Kaufung des Pyrotechniker C. Kucheln, Hannover-Grink.

Beginn 7 1/2 Uhr. **GROSSES KONZERT** Beginn 7 1/2 Uhr.

Beständiger Bahnverkehr auf allen Linien.
Sonntags auf allen Theaterbahnen von H. Wertheim. Preise der Plätze einschließlich Steuer:
Nicht 6,-, Orchester u. Bandleitung 10,-, Logenplatz 20,-, Balkonplatzung 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches

An die Arbeiterschaft des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin!

Die Verhandlungen der Berliner Gewerkschaftskommission mit den Rätezentralen über die Zusammenfassung der Betriebsräte sind abgeschlossen. Eine provisorische Zentrale ist eingeleitet, die aus Vorstehende mit gleichen Rechten die Gewerkschaften Richard Müller und Karl Bollmerhaus bestimme. Sie wird sofort die notwendigen Maßnahmen zur Erfassung der Betriebsräte treffen und die Wahlen der Organe der Betriebsräte Groß-Berlins vornehmen lassen. Alle hierzu erforderlichen Mitteilungen werden in den nächsten Tagen durch die Tagespresse bekannt gegeben.

Berlin, den 1. August 1920.

Die provisorische Zentrale

gez. Hildesheim, Orthmann, Bollmerhaus (Gewerkschaftskommission), Müller, Neumann, Wegmann (Zentrale der Betriebsräte Münzstraße), Brandler (Betriebsräte der R. B. D.).

An den Verhandlungen der provisorischen Zentrale nahm als Vertreter der Betriebsräte der S. P. D. der Gen. Reintnecht teil. Da die Betriebsräte der S. P. D. erst nächsten Dienstag über den Anschluß an die provisorische Zentrale entscheiden, hat Reintnecht von einer Unterzeichnung des Aufrufes Abstand genommen.

Gehaltsbewegung der Angestellten der jüdischen Gemeinde

Eine am 30. Juli stattgefundene Betriebsversammlung der gesamten Arbeitnehmerschaft der Jüdischen Gemeinde besaßte sich mit der am 20. Juli vorangegangenen Verhandlung der gemischten Deputation, die aus Vertretern der Repräsentantensammlung des Gemeindevorstandes und der Beamtenschaft bestand. In dieser Verhandlung, zu der nicht etwa die von der gesamten Arbeitnehmerschaft eingeleiteten fünf Kommissionen, sondern die Vertreter der einzelnen Ausschüsse eingeladen waren, sah man den Beschluß, den geforderten Vorstoß von 1000 M. für jeden Angestellten zu bewilligen, die Anwendung der Beschlüsse des Magistrats auf die gesamte Angestelltenchaft in neuen Verhandlungen nach den Ferien jedoch erst neu zu untersuchen. Die Herren glaubten, durch die Bewilligung des Vorstoßes den einmal zum Ausdruck gebrachten kraftbewussten Willen der gesamten Arbeitnehmerschaft belästigen zu können und die Verhandlungen über die Beschlüsse in weite Ferne hinauszuschieben zu dürfen. Die Arbeitnehmerschaft hat demgegenüber heute aus neue ihr Verlangen dahin bekundet, endlich mit festen Gehältern rechnen zu können und nicht immer auf unbestimmte Vorstufungen angewiesen zu sein. Sie hat deswegen die Anlegung eines Verhandlungstermins über die Gehaltsfrage vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am Donnerstag, den 3. August, aufgegeben und der fünft Kommission für ihre bisherige Tätigkeit ihr Vertrauen ausgesprochen.

Teuerungszulagen für Wohnhausportiers und der Demobilisierungskommissar

Zu den unter den miserabelsten wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Arbeitnehmern gehören zweifellos die Portiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Wächter und Hausreinerinnen, in Wohn- und Geschäftshäusern. Erst durch Tarifverhandlungen im vorigen Jahre wurden mit dem Bund der Berliner Grundbesitzervereine, und dem Verband der Geschäftsführer- und Industrieausbehalter, Verträge abgeschlossen, die Löhne von 20 bis 300 M. im Monat vorzusehen, wofür zum Teil Mann und Frau tätig sein müssen. Durch rapide Steigerung der Preise für Lebensmittel und sonstige Gebrauchsgegenstände mußten Teuerungszulagen gefordert werden, die auch von dem Verband der Geschäftsführer- und Industrieausbehalter ab 15. Februar 1920 in der Höhe von 20 Prozent und ab 17. Mai 1920 noch 30 Prozent und für jedes Kind 6 M. pro Woche bewilligt wurden. Der Bund Berliner Grundbesitzervereine — notleidende Hausagrarier — konnten dies nicht, so daß der Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte, der auch am 23. April diese armen Grundbesitzer zur Zahlung einer 20prozentigen Teuerungszulage und der Kinderbeihilfe von 6 M. pro Kind und Woche verurteilte. Durch den Protest dieser Herren wurde die Hoffnung der Portiers usw. zerstört. Nach Lage und Schicksal vier Monaten Fälle der Demobilisierungskommissar einen Schiedspruch, der die Wohnhausportiers hinter den Geschäftshausportiers bedeutend zurücksetzen läßt.

Nach einem solchen Verfahren, wie das der Demobilisierungskommissar beliebt, und der Begründung nach, die dort gegeben wurde, kann allen Leidensgenossen nur geraten werden, wenn sie

in der Victoriastraße 24 Schiedsprüche zur Verbindlichkeit anmelden, vorher ihr Testament zu machen, damit die lebenden Erben wenigstens in den Genuß der Reichtümer kommen.

Spandauer Heeresbetriebe. Laut Verfügung des Reichswehrministeriums vom 21. Juli 1920 steht allen ehemaligen Arbeitern und Arbeiterinnen, welche wegen Schließung, Einschränkung oder Umgestaltung entlassen sind, sofern sie nicht unmittelbar in einem anderen Staats- oder Heeresbetriebe eingetreten sind, ein Wochenlohn als Uebergangsgehalt zu. Ansuchen wird erteilt ab Mittwoch, den 4. August bis Dienstag, den 10. August 1920 für: Feuerwerkslaboratorium: Rodmann, Berlin, Lindenstraße 1, Laden, von 4-7 Uhr. Gewerkschaft: Seydlitz, Waldenstraße 19, Lokal Thielmann, 4-7 Uhr. Geschloßfabrik: Jollenberg, Triftstr. 45, Lokal, von 6-8 Uhr. Geschloßfabrik: Gelsler, Schultze, 17, Lokal Bonte, 6-8 Uhr. Munitionsfabrik: Haber Lynarstr. 10, Ecke Sparrstraße, von 6-8 Uhr. Pulverfabrik: Reuber, Wälder Str. 16, Lokal Heldt, von 6-8 Uhr. Am Nord: Schmidt, Birkenstraße Ecke Stromstr., Lokal Schneider, 6-8 Uhr. Am Süd: Nur Freitag, den 6. d. M. bei Reckenburg, Ravensbr. 6, von 6-8 Uhr.

Meinungsarbeiter, Antimilitaristischer ist Bilanz und Vorhaltung. Die Unterzeichnenden werden 4. J. ausgelegt. Die Aufnahme der Statuten wird bekannt gemacht.

Groß-Berlin

Stinnes

Wie meinten Sie, verehrtester Herr Stinnes? Wie war das Wort, das Ihre Weisheit fand, von einer „Perche“, die „fremdlandischen“ Stinnes, in Spaa verbrach den deutschen Widerstand? Bezog sich das, was also Sie orakelt, auf jene Leute aus Jerusalem? Na ja, Sie sind nicht, was so schwer bemerkt, vom Stamme Sem!

Ah nein. Sie sind von einer andern Rasse — trotz Ramesesbart und Augen, schwarz poliert — Sie Herr der Kohlen und der vollen Rasse, der immerfort nach neuen Schätzen giert! Und wenn Sie auch des „Auchlauchs Wohlgerüche“ so heftig reizen, daß Sie fast plumm plumm, Sie sind, Herr Stinnes, Sie und Ihre „Woge“, vom Stamme Nem!

Der sanfte Heinrich im „M“.

Seltene Grundzüge bei der Erwerbslosenfürsorge

Der Hauptauschuß der Berliner Erwerbslosenfürsorge hält immer noch an der Auffassung fest, daß die Bezüge aus Mitteln der Militärversorgung sowie Rentendeckung der Altersversorgung und Unfallversicherung auf die Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung gebracht werden müssen. Diese Auffassung steht zwar nicht im Widerspruch zu den einschlägigen Bestimmungen und Gesetzen, wird aber durch sie auch nicht zur bindenden Verpflichtung. Dafür schlägt die Ansicht und Praxis des Hauptauschusses aber dem primitivsten sozialen Empfinden ins Gesicht, das man wohl bei einer Behörde der sozialen Fürsorge Berlins erwarten sollte. Wäre nicht zu bedenken, daß alle Rentenempfänger entweder gesundheitlich geschädigte Personen, Opfer des Krieges oder Fabrik, oder hochbetagte Arbeiter sind und somit schon verdient haben, daß man ihnen die geringen Rentenbeiträge als Zuschuß für „besondere Pflege“ zu dem dürftigen Existenzminimum des Unterhaltungsjahres der Erwerbslosenfürsorge überläßt? Sind sie nicht sämtlich in höherem Maße bedürftig als ein Geizhals? Der Gesichtspunkt der Bedürftigkeit spielt doch sonst eine gewaltige Rolle bei der Bemessung der Unterstützung. Oder sind solche Erwägungen den Herren fremd, die in Berlin soziale Fürsorge betreiben?

Wir möchten außerdem bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß den Erwerbslosen bei den jüngsten Verhandlungen ihrer Vertreter mit den Ministern und Geheimräten von diesen das Versprechen abgegeben worden ist, die Anrechnung der Rentenbezüge werde aufgehoben? Wie steht es damit?

Am den neuen Berliner Magistrat

Die bürgerlichen Parteien und ihre Presse sind nicht erdant von dem Beschluß des Ausschusses für die Bildung des Magistrats. Sie wollen durchaus festgehalten sehen an dem in der Praxis als unhaltbar erkannten Standpunkt, nach dem auch im Magistrat das ehrenamtliche Element ein notwendiges Gegengewicht gegen die besoldeten Magistratspersonen bilde. Dieses Argument mag

vor 100 Jahren eine gewisse Berechtigung gehabt haben. Heute hat sich herausgestellt, daß im Magistrat politische Kräfte notwendig sind. Und weil das so ist, müssen Personen, die ihre Arbeiterschaft voll zur Verfügung stellen müssen, auch befolgt werden. Es ist auf die rechte Seite der Waage verfallen und überwiegt worden, die Städteordnung verlange die Wahl von unbesoldeten Magistratsmitgliedern. Das ist richtig. Aber die Städteordnung ist durch das im Vorjahre von der preussischen Landesversammlung beschlossene Gesetz über verschiedene Punkte der Gemeindeverwaltung erheblich durchbrochen worden; man denke nur daran, daß ein Stabsordneter Stadtrat sein und zugleich im Mandat behalten kann.

Die Entstehungsgeschichte des Gesetzes von Groß-Berlin läßt die Möglichkeit zu, den Magistrat nur aus besoldeten Magistratsmitgliedern zusammenzusetzen. Diesen Weg hat der Ausschuss zur Bildung eines Magistrats beschritten. Die bürgerlichen Parteien haben geschlossen gegen Unabhängige und Rechtssozialisten. Jetzt kommt sie mit neuen Einwänden. Die Hochdegenerte haben es ihnen angetan. Am liebsten möchten sie auf den alten Beamtensozialismus zurück, in dem sich jeder bewerben und bestimmte Bedingungen erfüllen muß. Bei der Wahl der unbesoldeten Mitglieder zum Magistrat ist es keiner Partei eingeleitet, besondere Bedingungen aufzustellen. Da handelte es sich um eine reine Vertrauenssache. Warum soll das heute anders sein. Man wird für einige Gebiete Hochleute im Magistrat nehmen können und wenn man es für nötig hält, für diese Stellen eine Ausschreibung machen können, wenn keine Verzögerung in der Bildung des Magistrats eintritt. Aber sich mit tüchtigen Hochleuten zu versehen, bedingt noch nicht ohne weiteres, sie zu Mitgliedern des Magistrats zu machen. Unsere Genossen werden sich auch durch das Geschehen der bürgerlichen Presse nicht irren lassen, die von einem politischen Magistrat schreibt. Als ob die bisherigen Magistratsunpolitisch gewesen wären! Man schreibt heute von der „Gefahr“ eines politischen Magistrats, weil die Sozialisten auch im Magistrat ihren Einfluß geltend machen wollen. Das ist ihre Pflicht von der sie sich durch keinerlei Gerode abbringen lassen dürfen.

Bemerkten wollen wir, daß die Mitteilung einiger Blätter, der Ausschuss habe die Ausschreibung der Magistratsstellen beschlossen, unrichtig ist. Ein solcher Beschluß ist nicht gefaßt worden.

Die Kartoffelbelieferung

Nach und nach setzt eine bessere Kartoffelbelieferung wieder ein. Auf Abschnitt 31 werden fünf Pfund bis 4. August abgegeben, auf Abschnitt 32 a bis e ebenfalls 5 Pfund. Die Kartoffeln rollen jetzt immer stärker heran; im Straßenhandel kann man Kartoffeln erhalten, soviel man will; allerdings wird 1 M. und darüber pro Pfund verlangt. In einigen Wochen werden wir in Frühkartoffeln schwimmen, was heute schon in einigen Städten der Fall ist. Ein Termin, von welchem ab ganz allgemein der freie Handel eintritt, ist noch nicht festgesetzt, man rechnet vom 15. September ab. Es wird sich fragen, welche Preisbewegung dann einleitet wird. Die Großhändler denken, die Herbstkartoffel mit 35 Pfg. auf den Markt bringen zu können, ein Preis, der immerhin noch gewaltig hoch ist.

Sträfliche Benutzung von amtlichen Briefumschlägen. Wir haben in letzter Zeit viel erlebt in bezug auf Anmahnung Hausbesitzern gegenüber ihren Mietern. Nicht selten grenzen ihre Maßnahmen an Erpressungsversuche. Auch Hausverwalter stellen sich in solchen Fällen zur Verfügung. In dem uns heute vorliegenden Falle hat der Hausverwalter des Hauses Ersterstraße 8, welcher Bureauvorsteher bei einem Rechtsanwalts ist, einen Briefumschlag vom Landgericht III benutzt, der mit amtlichem Stempel versehen, den Eindruck macht, als handle es sich um ein amtliches Schreiben. Der Inhalt des Briefes betraf dagegen eine Verwahrung des Verwalters gegenüber der Tätigkeit des Mieterrates. Der Verwalter wird sich wegen dieses Verwaltungsverfahrens noch vor der Staatsanwaltschaft zu verantworten haben.

Erwerbung sozialistischer Literatur durch die Stadt. Der verstorbenen Stabsordneter Emil Basner hat eine sehr wertvolle Sammlung sozialistischer Literatur geschaffen, die rund 2500 Bände umfaßt und namentlich reich an sozialistischen Zeitschriften ist. Ferner umfaßt sie die gesamte gewerkschaftliche Literatur der letzten 40 Jahre, die Schriften der sozialistischen Führer in 1. Ausgaben, Protokolle der sozialdemokratischen Parteilagen, eine große Zahl Flugblätter usw. Der Magistrat hat beschlossen, diese wertvolle Sammlung für 50 000 M. zu erwerben und sie der Friedrichshagen Sammlung der Stadtbibliothek anzugliedern.

Arbeiter-Bildungsschule U. S. P. D. (Verbands-Bildungskommission Berlin-Brandenburg.) Am Dienstag, den 3. August,

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk 3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise. Zahn-Praxis Matvani, Danziger Str. 1.

Die schwere Stunde

Roman

Viktor Panin

Das kindliche, frische Gesicht meiner Besucherin erscheint mir ganz besonders trübselig, als fliehe unter der Haut nicht Blut, sondern eine gelbe Flüssigkeit, als hätte sie lange zu Bett gelegen und als wäre sie eben erst vom Krankenlager aufgestanden, als hätte sie in ihrer Leben keine Sonne gesehen, einer bleichen, welken Blume gleich, die unter einer Glasglocke aufgewachsen ist. Wieder blide ich auf ihren Mund und denke mir: es ist, als wollte sie weinen. Langsam tritt sie auf mich zu, ohne zu eilen, so frei und ohne Verlegenheit, als kenne sie mich, dieses Zimmer, diese Einrichtung schon seit hundert Jahren. . . . Sie legt mir beide Hände auf die Schultern, betrachtet mich mit dem Blick einer weinenden Gazelle und sagt: „Mein Lieber, wie ich dich liebe!“ Merkwürdig ist ihre Stimme, so seltsam, singend, und jedes Wort scheint sie mit einer großen Anstrengung hervorzubringen, als hätte sie keine Kraft, als müßte sie ihre Lungen stark pressen, um ein Wort zu artikulieren; deshalb erscheint die Stimme mir trübselig und erweckt in mir eine sonderbare Erregung, ein unerklärliches Mitleid, ich möchte sie immer wieder, immer von neuem hören. . . . Und alles, was sie tut, ist so naiv und einfach, ich möchte sagen, kindlich unmittelbar, es liegt so viel Bezauberndes in jeder Bewegung, doch ich mi chunwillkürlich ihrem Einfluß hingebe. „Die schön sind doch deine Bücher!“ redet sie mich plötzlich mit „Du“ an, sie sind einfach gottvoll, sie haben mich ganz berauscht!“ Beim Sprechen bewegt sie nervös den Kopf, im Taft ihrer Worte. Diese Bewegung erscheint als Ergänzung der Anstrengung, die sie macht, um die Worte hervorzuressen und dadurch wird ihre trübselige Stimme noch mehr betont. „Lieber, wie kommen dir nur alle diese Gedanken? Reihst du ein Wort an das andere? Ja? In diesem Kopfe ja? Komm, laß mich ihn küssen!“

Sie rückt noch näher an mich heran, erfährt mit beiden Händen meinen Kopf und küßt mir lange die Stirne, die Haare, sich an meine Wange pressend. Das war etwas Neues, bisher noch nicht Erlebtes, noch nicht Geschenes. Es erweckt in mir eine schmerzliche, männliche Reue, eine tierische Erregung erfährt mich, und längst vergessene, wollüstige Empfindungen erwecken an meiner Brust, einem verschollenen Echo gleich. Ich möchte auskosten, ich möchte mich verjüngen! Und ohne Widerstand, ohne das geringste Wort des Protestes bemächtigt ich mich ihrer. . . . Rücklings liegt sie auf dem Divan mit aufgelöstem Haar, ohne die geringste Bewegung zu machen, um ihr Kleid zurecht zu legen, und weint. Sie denkt auch nicht daran, die Tränen abzuwischen, die in großen Tropfen längs der Wangen zu den Ohren herabfließen. Jetzt preßt sie die Lippen fest aufeinander und merkwürdigerweise schluchzt sie nicht, atmet auch nicht abgerissen und schluchzend wie alle Weinenden. Jetzt sind die Schatten der Trauer um ihren geschlossenen Mund noch tiefer gesunken, und in ihren verdrehten Augen, in ihrem ganzen gelblich trübseligen Gesicht, liegt soviel Qual, daß ich, wenn ich Künstler wäre, die Weltqual so darstellen würde. Ich frage sie: „Worüber weinst du?“ Und unter Tränen antwortet sie mir: „Ueber mein Glück!“ — Welch merkwürdiges Mädchen, denke ich, im Sessel neben dem Divan sitzend, und ihre kleine bleiche Hand in der meinen haltend. Mit ihrer tranken, die Seele erregenden Stimme, spricht sie halb zu mir, halb zu sich selbst: „Mein Lieber, ich träumte, durchs ganze Leben als Jungfrau zu gehen, weißt du, als eine reine Vestalin, in einem weißen Chiton, verheißt du mich wohl? So rein ist das, und wo die Jungfrau hintert, da wachsen und blühen Rosen und die ganze Welt ist dann von duftenden Rosen erfüllt. Berauscht stark duften sie, so daß der Vestalin der Kopf wollüstig schwimmt; sie fühlern, sie locken und erwecken in ihrer Seele so reizend verführerische Träumereien!“

Sie schreitet aber immer vorwärts, sie schreitet stolz und rein durch die Welt, durch das Leben, sie ist ja eine Vestalin! Und so träumte ich, dir nachzufolgen wie ein ewiger Schatten, wie eine Widerspiegelung deines Gedankens, dein treuer Hund zu sein, den Staub deiner Füße zu küssen. . . . Ihre Augen sind halb geschlossen, ihre Stimme ist kaum hörbar, aber die Tränen fließen, wie vor dem; ich weiß nicht, ob sie in wachem Zustand redet oder im Halbschlummer der Ekstase. — Welch merkwürdiges Mädchen! — wieder schwirrt mir dieser Gedanke durch den Kopf. „Und nun hast du mich genommen, mag es so sein, nun kann ich dir auf deinem Opfertar nicht mehr meine jungfräuliche Reinheit darbringen, mag es so sein, aber du hast es ja so gewollt, du bist mein Gott und sei ewig gesegnet für den Augenblick meines Falles. Bin ich denn nicht glücklich? Du bist mein Gott, konnte ich denn mehr wünschen, als in deinen Armen, zu deinen Füßen zu liegen?“ Ich fühle, wie ihre Hand allmählich kalt wird. Die Totenblässe ihres Gesichtes nimmt noch zu. Es scheint mir, als werden ihre Lippen kaum merklich blau, und ich sehe, wie ihr halbnaakter Körper von Zeit zu Zeit zusammenzuckt, in schnell wieder sich legenden Konvulsionen. Ihre Tränen fließen immer weiter, und fortwährend spricht sie in zusammenhanglosen Sätzen. Ich fürchte mich, es ergreift mich plötzlich ein panischer Schrecken. Ich denke mir: am Ende stößt ihr etwas zu. Daß ihr aber später etwas zustoßen kann, daran denke ich nicht. Ich verjüge so zärtlich wie möglich mit ihr zu reden und drücke fest ihre Hand. Ich sage: „Mädchen, du solltest aufstehen, dich ankleiden, sonst könnte jemand ins Zimmer treten, es wäre peinlich!“ Mit beiden Händen fasse ich sie bei den Schultern, und sehe sie langsam auf den Divan und reiche ihr das auf dem Boden liegende Kleid. Ich sehe, daß sie noch nicht zur Besinnung gekommen ist und wie in Betäubung fragt: „Ja, meinst du, ich solle mich ankleiden?“ und ganz unvermittelt fragt sie plötzlich: „Lieber, sage, weshalb fließen die Tränen im Gesicht?“ (Fortsetzung folgt.)

nachmittags 5 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Schiller-
straße 5/6, eine Aussprache über unser Winterprogramm statt.
Die Oben der Bezirks-Bildungskommission und der nächsten
größeren Bezirke sind hierzu eingeladen.

**Gründung einer Siedlungsgenossenschaft der Lichtenberger Kriegs-
beschädigten.** Die aus dem von der Stadt Lichtenberg erworbenen
Rittergut Mahlsdorf angelegten Kriegsbeschädigten, Kriegs-
hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer der beiden Kriegsbeschädigten-
tenorganisationen Internationaler Bund und Reichsbund hatten
zwecks Gründung einer Genossenschaft zum Montag, den 21. Juli
1920 im Cocillienraum, Lichtenberg, eine Versammlung ein-
berufen. Nachdem der Genosse Graf einen ausführlichen Bericht
über die Arbeiten der 10er-Kommission sowie Ausführungen über
die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenflusses der
Siedler gegeben hatte, wurde eine Siedlungsgenossenschaft unter
dem Namen Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft "Lichtenberger
Gartenheim" e. G. m. b. H. von 154 Genossen gegründet. Der
Zweck des Unternehmens ist der Erwerb von Siedlungsland für
die Mitglieder. Solange die Genossenschaft über eigenes Sied-
lungsland nicht verfügt, ist ihr Bestreben darauf gerichtet, Kriegs-
beschädigten, Kriegsteilnehmern, Kriegshinterbliebenen und Rin-
derbeteiligten bei der Bewirtschaftung des erworbenen Grund-
stücks und Errichtung von Baulichkeiten mit Rat und Tat zur Seite
zu stehen, ferner durch gemeinsamen Einkauf von Waren und Roh-
material für den eigenen Bedarf, Regulierung der Schuldverhält-
nisse für die Genossen, sowie Beschaffung von Geldmitteln zur
Errichtung von Baulichkeiten. — Interessenten erhalten kostenlos
Auskunft an jedem Montag, abends von 7-9 Uhr, im Geschäfts-
lokal "Restaurant Bohne", Berlin-Lichtenberg, Marktstraße, Ecke
Krummhölzer Straße. — Briefliche Anfragen sind zu richten an
den Vorsitzenden der Genossenschaft: Genosse Arthur Tölg, Berlin-
Lichtenberg, Kupprechtstraße 7.

Neuwahlen zu den Kreisräten. Wie das Oberpräsidium der
Provinz Brandenburg mittelst, stehen Neuwahlen zu den Krei-
s-räten der Kreise Niederbarnim und Teltow wegen der Schaf-
fung der Einheitsgemeinde Berlin in Kürze bevor. Die Wahlen
sollen so angelegt werden, daß diese neuen Kreisräte zum 1. Ok-
tober d. J. zusammentreten können. Mit den Agitationen für diese
Wahlen haben die Parteien schon an einzelnen Orten begonnen.

3. Berliner Verwaltungsbereich (Wedding). Dienstag 7 Uhr, in
der Schulaula Müller, Ecke Triftstraße; Sitzung aller Stadt- und
Bezirksverordneten, sowie aller Bezirksvorstände des 3. Wahl-
kreises. Fortsetzung der Tagesordnung vom 26. Juli.

Eine Verbesserung und Verbilligung des Bieres soll erfolgen.
Am 2. August gelangt ausschließlich das bisher in geringerem Um-
fange hergestellte Bier zum Ausstoß.

**Gegen Reisende mit Traglasten bringt die Eisenbahnverwaltung
in Erinnerung, daß dem Reisenden nur der über und unter seinem
Sitzplatz befindliche Raum zur Unterbringung von Handgepäck zur
Verfügung steht und daß die Sitzplätze nicht zur Unterbringung des
Reisegepäcks benutzt werden dürfen. Die Reisenden mit größeren
Traglasten (Körbe, Kisten, Säcke und anderen Gegenständen, wie
sie ein Zuhänger tragen kann), dürfen nur in die für solche
Reisende bestimmte durch besondere Aufschrift gekennzeichnete Ab-
teile benutzen.**

**Der Handüberfall auf die Witwe Will in der Alexanderstraße
ist aufgeklärt, die Täter sind verhaftet.** — Ein tolle Schieberei hat
sich in der letzten Nacht in Reinickendorf zugetragen. Dort waren Ein-
brecher in die Brotkommission Kaiser-Friedrich-Straße 95 einge-
drungen. Ein Wachmeister der Sicherheitspolizei wechselte mit den
Eindringern Revolvergeschüsse, wobei der Beamte schwer verletzt
wurde.

Jugendweiche Tegel. Wie im vergangenen Frühjahr, findet
auch im Herbst für alle diejenigen, die nicht kirchlich eingeleitet
werden wollen, eine Jugendweiche statt. Ein vorbereitender Unter-
richt beginnt Mitte August. Alle freientendenden Eltern werden
hiermit aufgefordert, die Anmeldungen bei E. Pöthoff, Bahnhof-
straße, "Freiheit"-Expedition und bei N. Wilsch, Freie Scholle 54
ausgehend zu bewirken. Alles Nähere über den Unterricht und die
Fees selbst, wird den Beteiligten rechtzeitig bekannt gegeben.

Arbeiterwanderverein "Berlin". Die nächste Oberpremer-
fahrt findet am 15. August statt. Keine Fußwanderung! Bahn-
fahrt über Ledde-Weise-Eiche-Rannomühle-Weißhofsta-
Lübbenau. Teilnehmerkarten zu 30 M. bei Wählich, Stalitzer
Straße 22, Ohngemach, Kommandantenstraße 88, zu haben. Ab-
fahrt Sonntag früh.

Aus den Organisationen

1. Bezirk, Montag, 7 Uhr, Verhandlung bei Frau. Köpcke, 5. —
Dienstag, Sitzung der Politischen und Antikontaktkommission, 7 Uhr, in der Bau-
genossenschaft, Raststraße 14. — Mittwoch, 7 Uhr, Mitgliederversammlung in
der Halle, Volckow, 15. Sonntag der Genossin Käthe Kies.
2. Bezirk, Dienstag, 4 1/2 Uhr, Generalversammlung im Gewerkschafts-
saal, große Saal. Anträge zur Generalversammlung, betreffend Reorganisations-
sachen bis Montag abend beim Genossen Kleinmeyer, Rindbergstr. 114, ab-
gegeben. Die Abteilungsleiter und die Kommissionsleiter haben die Güte der
Referenzen usw. bis zur Generalversammlung beim Vorstand abzugeben. Ersetzen
aller Mitglieder, besonders der Funktionäre und Elternbeiräte ist in Anbetracht
der wichtigen Tagesordnung unbedingt erforderlich.
3. Bezirk, Montag, 7 Uhr, politische Kommission, Besichtigung, Schulaula, Reichs-
bender Str. 44-45.
4. Bezirk, Die erweiterte Verhandlung findet am Montag, den 2. August,
abends 7 Uhr, bei Herrl. Schöpsch, 8. Rast. Die Kommissionsleiter sind be-
sondere eingeladen.
5. Bezirk, 1. u. 2. Abteilung, Kranenfeldabend 10 1/2 bis 12 Uhr aus. Die
Genossen werden dafür einen Ausflug nach Hirschguten. Treffpunkt: Montag,
12 1/2 Uhr, Ringelstraße, Landwehrweg Ecke.
6. Bezirk, Dienstag, 7 Uhr, Verhandlung, bei Frau. Wollert, 1. In
dieser Sitzung hat die Bezirkskommission der hiesigen Kommissionen eingeleitet.
11. Bezirk, Dienstag, 7 Uhr, Sitzung der Kinderjugendkommission, bei Frau.
Gillies, Rindbergstr. 114.
7. Bezirk, Zusammenkunft der Kinderjugendkommission, am Montag, findet
nicht statt.
8. Bezirk, Montag, abends 7 Uhr, Versammlung der Frauen-Arbeiterkom-
mission bei Frau. Köpcke, 5. Die Mitglieder des engeren Vorstandes
werden ersucht, zu erscheinen.
9. Bezirk, Städtische Genossen, die an unseren Ausstellungen noch Sitz-
plätze, mit ihren Kindern teilnehmen wollen, treffen sich 10 1/2 Uhr, Samstags-
Abend, im großen Saal, 10 1/2 Uhr, im Restaurant Bräuner, Seelitzer Str. 10,
wobei die Gen. der Kinderjugendkommission treffen sich Montag, 7 Uhr, eben-
falls bei Bräuner.
10. Bezirk, Die Sitzung der Frauenarbeitskommission findet nicht am Montag,
sondern am Dienstag, 7 Uhr, bei Frau. Carsten-Salze, 10. Rast.
11. Bezirk, Sitzung der Jugendkommission, 7 Uhr, bei Frau. Gaudert, 18.
12. Bezirk, Am Dienstag, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Steinstraße,
Bezirks-Versammlung, Tagesordnung; Bericht über die Betriebsarbeit in der
letzten Revolution. Referent: Gen. Richard Müller.
13. Bezirk, Der nächste Bezirksabend des Genossen Kauch findet Montag,
7 Uhr, in der Halle der Genossenschaft, Legeler Str. 18, statt.
14. Bezirk, Montag, 8 1/2 Uhr, bei Abraham, Neubauer 18, außerordentliche
Bezirkskonferenz.
15. Bezirk, Die Elektrizitätswirtschaft zum Bezirksabend am Sonntag in der Rind-
bender bei Genossen Göttsche abzuordnen, nicht operierende Karten gelten
als verfallen.
16. Bezirk, Einleitungsarbeiten zum Bezirksabend am Montag beim Genossen
Kleinmeyer abzuordnen werden. Nicht abgeleitete gelten als verfallen. — Mittwoch,
den 4. August, abends 7 Uhr, große öffentliche Versammlung in der "Reinick-
endorf", Tagesordnung: Gegen und die Lage im Osten. Referent: Genosse Wilsch,
Freie Scholle 54. — Die Bezirksleiter haben Material am Montag im Vorzimmer ab-
zugeben. — Montag, den 2. August, abends 7 Uhr, Versammlung des 18. Bezirks bei
Frau. Wollert, Ecke Seelitzer Str. 10.
17. Bezirk, Dienstag, 4 1/2 Uhr, Generalversammlung im großen Saal bei
Kleinmeyer, Landwehrweg. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Referat über die
Referenzen und Kommissionsarbeiten, 3. Politische, 4. Anträge, 5. Wahl von Dele-
gationen zur Kreis- und Provinzkommission. Mitgliederliste legitimiert.
18. Bezirk, Niederlegung der Bibliothek, Kuznigstraße 20, am 4. August,
abends 7 Uhr.
19. Bezirk, Dienstag, 7 1/2 Uhr, pünktlich, Verhandlung bei Wilhelm Schulz,
Schwarzwälder Straße.
20. Bezirk, Montag, den 2. u. 3. August, abends 8 Uhr, bei Frau. Köpcke, 5. Funk-
tionäre, wichtige Tagesordnung.
21. Bezirk, Montag, 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Kommissionsmitglieder bei Frau. Köpcke,
5. Tagesordnung: 7 Uhr, Fortsetzung der außerordentlichen Generalversamm-
lung in der "Reinickendorf", Reinickendorf Str. 102, nicht wie bekanntgemacht, in der
Grünwälderstraße. Eine Mitgliederliste sein Zutritt.
22. Bezirk, Kommunalen Arbeiterrat, Montag abends, 7 Uhr, Sitzung bei
Frau. Köpcke, 5.
23. Bezirk, Montag, 8 Uhr, bei Frau. Köpcke, 5. Sitzung der gesamten
Funktionäre und der Wahlkommission.

Bereinskalender

- Bezirkskommission Reinickendorf, Dienstag, 2. August, nachmittags 5 Uhr, Besorger-
sammlung im Reinerbinder.
- Bezirkskommission der Angehörigen, Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 17
Uhr, bei Frau. Köpcke, 5. Bezirks-Verein, 8 Uhr, Verbandsrat bei Frau. Köpcke, 5. Rast.
Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 16 Uhr, (Christliche Mechanik, Zentral-
Depot), Mühl. Berlin, 7 Uhr, Sprechstunde, Sophienstr. 17-18, nachmittags 16 Uhr

(H. E. G. Kampen), Mühl. Berlin, 7 Uhr, Müller-Straße, Kaiser-Wilhelm-Str. 11,
nachmittags 17 Uhr, (Angehörige im Reinerbinder), Mühl. Berlin, 8 Uhr, Prachtstraße
11, Berlin, Blumenstr. 10.

Bezirkskommission der Angehörigen, Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 17
Uhr, bei Frau. Köpcke, 5. Bezirks-Verein, 8 Uhr, Verbandsrat bei Frau. Köpcke, 5. Rast.
Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 16 Uhr, (Christliche Mechanik, Zentral-
Depot), Mühl. Berlin, 7 Uhr, Sprechstunde, Sophienstr. 17-18, nachmittags 16 Uhr

Bezirkskommission der Angehörigen, Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 17
Uhr, bei Frau. Köpcke, 5. Bezirks-Verein, 8 Uhr, Verbandsrat bei Frau. Köpcke, 5. Rast.
Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 16 Uhr, (Christliche Mechanik, Zentral-
Depot), Mühl. Berlin, 7 Uhr, Sprechstunde, Sophienstr. 17-18, nachmittags 16 Uhr

Bezirkskommission der Angehörigen, Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 17
Uhr, bei Frau. Köpcke, 5. Bezirks-Verein, 8 Uhr, Verbandsrat bei Frau. Köpcke, 5. Rast.
Besorgerleistungen am 2. August, nachmittags 16 Uhr, (Christliche Mechanik, Zentral-
Depot), Mühl. Berlin, 7 Uhr, Sprechstunde, Sophienstr. 17-18, nachmittags 16 Uhr

Lebensmittelkalender

Berlin. In dieser Woche gilt für Entnahme von Brot und Mehl des Ein-
heitspreises.

Der Höchstpreis für das Mehl der 1. Klasse ist am 1. August festgesetzt worden. Auf
diesem Höchstpreis basieren vier Klassen Mehl, 5-Pfund, zum Preise von je 1 M.
verpackt und entkommen werden. Die Höchstpreise 1-47 dürfen nicht mehr ein-
gekauft werden.

Am Sonntag, den 1. August d. J., ab 12 Uhr bis auf weiteres auf die C1 und
C2-Kinderkarten je 1/2 Liter Mehl zum Preis von je 1 M. 20 Pf. und auf die Mehl-
karten der Klassen 1, 2 und 3 mit je 1/2 Liter Mehl zum Preis von je 1 M. 20 Pf.
Der Preis beträgt 62 Pf. für 1/2 Liter. Die übrige Befreiung bleibt dieselbe wie
bisher.

Am Sonntag, den 1. August d. J., ab 12 Uhr bis auf weiteres auf die C1 und
C2-Kinderkarten je 1/2 Liter Mehl zum Preis von je 1 M. 20 Pf. und auf die Mehl-
karten der Klassen 1, 2 und 3 mit je 1/2 Liter Mehl zum Preis von je 1 M. 20 Pf.
Der Preis beträgt 62 Pf. für 1/2 Liter. Die übrige Befreiung bleibt dieselbe wie
bisher.

Am Sonntag, den 1. August d. J., ab 12 Uhr bis auf weiteres auf die C1 und
C2-Kinderkarten je 1/2 Liter Mehl zum Preis von je 1 M. 20 Pf. und auf die Mehl-
karten der Klassen 1, 2 und 3 mit je 1/2 Liter Mehl zum Preis von je 1 M. 20 Pf.
Der Preis beträgt 62 Pf. für 1/2 Liter. Die übrige Befreiung bleibt dieselbe wie
bisher.

Gaifon-Ausverkauf

Trotz unserer erstaunlich billigen Verkaufspreise stellen wir unsere gesamten Sommervorräte zu noch weiter ermäßigten Preisen zum vollständigen Ausverkauf. Es bietet sich dadurch allen denjenigen, die zurzeit noch wirklich billig einkaufen wollen, eine überaus günstige Kaufgelegenheit, zumal nach den neuesten Handelsberichten zu erwarten ist, daß Schuhwaren durch die ansteigenden Lederpreise in Kürze wieder teurer werden.

Damen- Leinen-Schuhe zum Schnüren oder mit Spange, weiß u. grau, auch andere Sorten samt farbiger Stoff-Schuhe, allerbeste Verarbeitung, wie Leder-Schuhe Wirklicher Gelegenheitskauf! durchweg 48.⁵⁰ Mark	Damen- Spangen-Schuhe schwarz, braun und Chevreau mit fräuligen Ledersohlen, moderne Formen und hohe Absätze Wirklicher Gelegenheitskauf! durchweg 88.- Mark	Damen- Halb-Schuhe schwarz, blau u. grau, zum Teil mit Chevreau, zum Schnüren oder mit Spange, mit feinge- lochten Bezügen, elegante Formen, hohe Absätze Wirklicher Gelegenheitskauf! durchweg 98.⁵⁰ Mark	Damen- Spangen-Schuhe echt Chevreau und Doxal, in Braun u. Schwarz, leicht durchgenäht, zum Teil auch Goodyear Welt, moderne Formen mit hohen eleganten Absätzen Wirklicher Gelegenheitskauf! durchweg 125.- Mark
---	---	---	---

Extra billig, durchweg 148.⁵⁰ Schwarz Chevreau- und Doxal- Schnürschuhe, Goodyear Welt, in den verschiedensten und neuesten Formen. Nur allerbestes Fabrikat	Damen-Halbschuhe Schwarz- und Spangenschuhe in Braun, Rotbraun, Grau, Rosa, beige, leicht durchgenäht, 1/2 auch Goodyear Welt, moderne kurze Formen, hohe eleg. Absätze	Extra billig, durchweg 148.⁵⁰ Schwarz Chevreau-Schnürschuhe mit Lederkappe, leicht durchgenäht, 1/2 auch Goodyear Welt, elegante neue Form mit hohen Absätzen. Bestes Fabrikat
--	--	--

Kinder-Leinen-Stiefel in bester Qualität und Verarbeitung Gr. 15-20 21-22 23-24 25-26 27-30 31-35 36-39 27.⁵⁰ 29.⁵⁰ 33.⁵⁰ 38.⁵⁰ 53.⁵⁰ 59.⁵⁰ 75.-	Kinder-Schnür-Stiefel in bester Qualität und Verarbeitung, Durchschnit, mit und ohne Lederspitze Gr. 23-24 25-26 27-30 31-35 36-39 38.⁷⁵ 44.²⁵ 71.⁵⁰ 78.⁷⁵ 110.- 124.⁵⁰
---	---

Leinen-Schuhe bestes Schweizer Fabrikat jetzt nur 98.⁵⁰ Mark	Stiller	Leinen-Schuhe mit starker Ledersohle und Fleck 23-30 31-35 36-42 43-46 24.²⁵ 33.²⁵ 38.⁵⁰ 44.⁷⁵
---	----------------	---